

# **b** unabhängige **auernstimme**

Juni 2006

Nummer 290 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

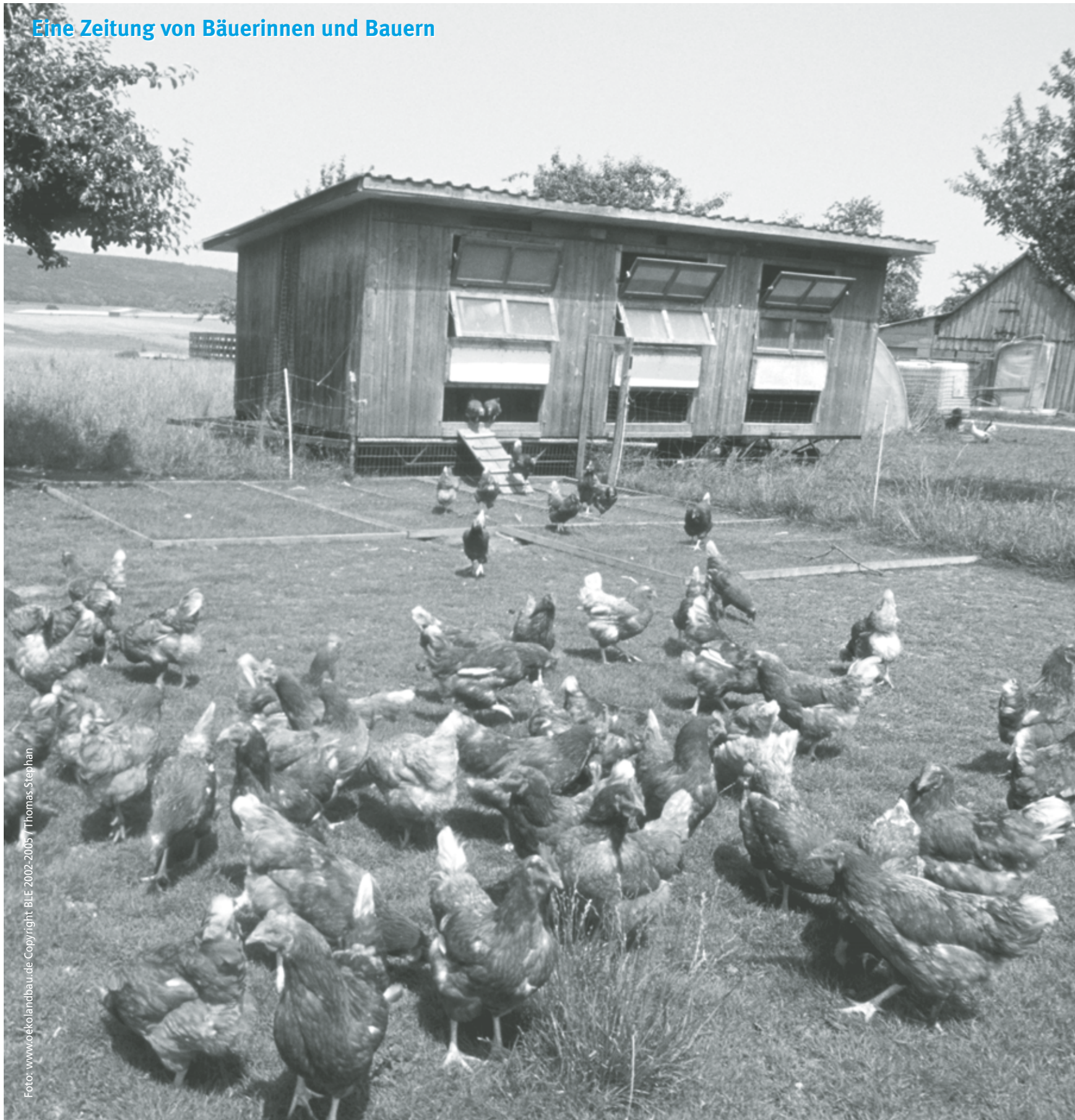


Foto: www.roekolandbau.de Copyright BLE 2002-2005 / Thomas Stephan

## **Vögel frei**

Hühner, Gänse und Enten dürfen raus, ausnahmsweise. Für die Vögel wurde es höchste Zeit, für die Bäuerinnen und Bauern auch. Doch bald kommt der Herbst. **Seiten 12-13**

## **Jubel-Fest**

30 Jahre gibt es Bauernstimme und AbL nun. Weiter so! Erstmals wird gefeiert, am Freitag, 30. Juni im Wendland. Da ist auch Zeit für Debatten. **Seiten 2-3**

## **Monsanto-Vertrag**

Wir veröffentlichen Teile des geheimen Vertrages, den Monsanto den Genmais-Anbauern aufzwingt. Betroffen sind sogar die Nachbarn, die gentechnikfrei arbeiten. **Seite 17**

## Die Seite 3

30 Jahre Bauernstimme. Das Fest-Programm . . . . . 3

## Agrarpolitik

Transparenz kommt, Staffelnung muss folgen . . . . . 4

Offenlegung der Direktzahlungen kündigt sich an

WTO: Lieblingskuh auf der Kippe . . . . . 5

Der Liberalisierungskurs drückt auf die Milchpreise

## Milch

Mit elf Jahren die erste Kuh gekauft . . . . . 6

## Bewegung

Rentenbank steigert Gewinn . . . . . 8

Förderfonds verteilt Geld, Bauernverband bedient sich

## Märkte

NRW zieht Streichungen durch . . . . . 7

CMA muss um Geld bangen . . . . . 7

Erneut Kritik am EU-Zuckerexport . . . . . 7

Vorfahrt für Arbeit bei Ökobier . . . . . 10

Fairpreismodell bei Lammsbräu

Schweinpestbekämpfung fragwürdig . . . . . 14

NRW-Ministerium in der Kritik

Bayern braucht Gentechnik nicht . . . . . 14

Eindeutige Erklärung der Kreisobmänner

## Bioenergie

Autofahren mit Biogas . . . . . 11

EU-Ausschuss fordert nationale Biomasseaktionspläne . . . . . 11

## Schwerpunkt Vogelgrippe

Endlich frei, vorerst . . . . . 12

Schäden und Entschädigung . . . . . 13

## Nachbau

Züchter nicht in bester Stimmung . . . . . 15

## Gentechnik

Monsanto, Verträge und abhängige Bauern . . . . . 16

Percy Schmeiser auf Vortragsreise in Deutschland

Der Monsanto-Vertrag – Lupe lohnt sich . . . . . 17

Bauern als informelle Mitarbeiter eingebunden

## International

Hungern für Wasser . . . . . 18

brasilianischer Bischof kämpft gegen Staudammprojekt

## Weitere Themen

Aus Feld, Stall und Umfeld zu Besuch bei Alain Basson in Frankreich, Seite 9; Leserbrief/eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es die Bauernstimme nicht gäbe, dann müsste man sie jetzt herausgeben", so ein Leser jüngst am Telefon. Gut, dass es mutige Menschen gegeben hat, die diesen Schritt 1976 schon vollzogen haben. Laut sein, wenn Andere schweigen, eher vorsichtige Zeilen, wenn Andere laut tönen. Den Finger in die Wunde legen, nachhaken, auch wenn es schwer fällt und der Sinn sich vielleicht nicht sofort erschließen lässt. Schweinereien offen beim Namen nennen, über Widerstand und Selbsthilfe auf dem Laufenden halten, positive Beispiele aufzeigen und – nicht weniger wichtig – auch etwas fürs Herz bringen. Unbequem sein, wenn Andere sich einrichten, und natürlich immer politisch sein, Aufklärer, Ratgeber, Ideenlieferant.

Sie sind nicht klein, die Ansprüche, die an die Bauernstimme gestellt werden. Im März 1976 wurde die erste Ausgabe noch in einer Bauernküche per Hand zusammengelegt und in kleiner Ausgabe in die Bundesrepublik versendet. Seit



## Einladung

## Auf ins Wendland!

1983 dann monatliches Erscheinen, der vierwöchentliche Termindruck erhöhte die Anforderungen bis zum heutigen Tag, und das immer bei knappen Finanzen,

weil wir bewusst auf die Vierfarb-Anzeigen der Agroindustrie verzichten. Welch eine Herausforderung an die Menschen, die für die Erstellung und Herausgabe verantwortlich sind. Es wäre nicht zu schaffen, gäbe es da nicht auch viele Menschen, die Monat für Monat wertvolle Zuarbeit leisten und auch als Bauern und Bäuerinnen selbst schreiben.

Ist ein Artikel mal nicht so geglückt oder liegt man im Kommentar daneben, kommt postwendend die Kritik. Ist eine Ausgabe gut gelungen, ist die Leserschaft zufrieden, das direkt ausgesprochene Lob fällt spärlich aus. Damit müssen Zeitungsredaktionen wohl leben.

Aber wo gibt es eine landwirtschaftliche Zeitung, die die ungerechte Verteilung der Direktzahlungen schonungslos aufdeckt, die Kritik an der Gentechnik durch interessante Artikel untermauert, den Kampf gegen die Ausforschung und Gebühren-Abzockerei der Saatgut-Treuhandverwaltung begleitet, immer auch über den heimischen Tellerrand hinausschaut und uns die Situation von Berufskollegen in den Ländern des Südens und Ostens nahe bringt, gleichzeitig über die europäische Bauernbewegung in ihrer Auseinandersetzung um faire Preise informiert – und die wunderschönen Geschichten von Bauer Matthias Stührwoltd präsentiert?

Wir wollen noch besser werden, um uns im Medienschwung zu behaupten, und noch viel mehr Leserinnen und Leser gewinnen. Aber das wird uns nur gelingen, wenn Viele mithelfen und weiterhin mutig voran schreiten.

Das Jubiläum wollen wir nutzen, um zurück und nach vorne zu schauen. Wir wollen kein Jubelfest veranstalten und uns selbst auf die Schultern klopfen. Lieber agrarpolitisch diskutieren, interessante Höfe und Projekte anschauen. Mit alten und neuen Mitstreitern reden, für die die „Bauernstimme“ ein Stück ihres Weges und bei Einigen auch noch viel mehr bedeutet.

Dies alles findet statt in der besonderen Region Wendland, mit Menschen, für die Selbsthilfe und Widerstand keine theoretischen Begriffe sondern praktisches Leben bedeutet. Das wollen wir Ihnen und Euch näher bringen. Deshalb freuen wir uns auf viele Anmeldungen, auch Freundinnen und Freunde sind herzlich willkommen. Wir sehen uns!

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

## 2.000 Euro für Guatemala gespendet

Die Bauernstimme hatte im November 2005 zu Spenden für die Opfer des Hurrikans Stan in Guatemala aufgerufen. Bauernstimmenleser und andere griffen in ihre Geldbeutel, und so kamen 2.000 Euro zusammen. Das Geld ging an das Projekt La Casa del Pescador („Haus des Fischers“) in dem kleinen Ort Pastores, in der Nähe von Antigua. Das von den Schlamm-Massen stark beschädigte Haus konnte renoviert und neu ausgestattet werden. Medizinische Grundgeräte und Medikamente wurden gekauft, so dass seit Mitte Februar wieder medizinische Untersuchungen für sozial schwache Familien und der Verkauf von günstigen Medikamenten stattfinden können. Das guatemalteckische Ärztepaar Dilian und Arturo Portillo Trampe führen diese Einrichtung, die für die arme Bevölkerung der Region sehr wichtig ist (Infos unter [www.juergen-wahn-stiftung.de](http://www.juergen-wahn-stiftung.de) oder unter [www.ribeaud.ch/guatemala/casa\\_del\\_pecador.php](http://www.ribeaud.ch/guatemala/casa_del_pecador.php)).

Herzlichen Dank für die Spenden!

## Impressum



**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de), Internet: [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de);

**Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: [redaktion@bauernstimme.de](mailto:redaktion@bauernstimme.de);

**Verlag/ Abowerwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de); Internet: [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de); Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de)**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Satz:** Gebr. Wilke GmbH, Hamm

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# 30 Jahre Bauernstimme. Das Fest-Programm

Jubiläumsveranstaltung am 30. Juni und 1. Juli 2006 in Jameln, Wendland/Niedersachsen, in der Kulturscheune Hof Lambke

## Freitag, 30. Juni 2006

ab 10:00 Uhr:

Ankommen, Ausruhen, Kaffee trinken.  
Die Schüler-Bigband der Drawehn-Schule in Clenze stimmt ein.

### Eigenes Kinderprogramm

über den ganzen Tag mit dem Kuhmobil, die rollende Rinderrevue, Spiel- und Mitmachangebote, kleines Kinderkochstudio. Stadt-Land Ökologie e.V. Bremen

11:00 - 13:00 Uhr:

### Agrarpolitische Kundgebung

#### Begrüßung

AbL-Bundes- und Landesverband

#### Kurze Grußworte

*Für die Region:*

**Horst Seide**, Region Aktiv Wendland/Elbetal, AbL

**Henning Harms**, Kreislandwirt, Landvolkkreisverband Lüchow-Dannenberg  
**Gottfried Mahlke**, Pastor aus dem Wendland

*Für die Bündnisse:*

**Wolfgang Apel**, Präsident Deutscher Tierschutzbund, Vorsitzender NEULAND e.V.

**Reinhild Benning**, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
**Sven Giegold**, Attac

*Für die Wirtschaft:*

**Tilman Uhlenhaut**, Geschäftsführer NEULAND GmbH Lüneburg

**Josef Jacobi**, Aufsichtsratsvorsitzender Upländer Bauernmolkerei

*Für die Bauernstimme:*

**Ulrich Jasper**, Redakteur der Bauernstimme

**Festvortrag: „Welche Agrarpolitik braucht Europa?“:**

**Dr. Franz Fischler**

Präsident Ökosoziales Forum Österreich, ehemaliger EU-Agrarkommissar

#### Schlusswort

AbL-Bundesvorstand

13:00 - 15:00 Uhr:

Mittagspause, Kaffee, Tee, Kuchen

Zeit für Begegnungen

15:00 - 17:30 Uhr:

### Exkursionen

3 Exkursionen zeitgleich zur Auswahl

#### Exkursion 1: Milchbetrieb

„Storchenmilch“-Betrieb in Teichlosen bei Jameln, Gespräch mit der Familie Pothmer

#### Exkursion 2: NEULAND-Schweinebetrieb

NEULAND-Schweinebetrieb Gerstenmeyer bei Hitzacker, neuer NEULAND-Stall, Gespräch mit Familie Gerstenmeyer und Martin Schulz, Vorsitzender AbL-Niedersachsen

#### Exkursion 3: Alternative Energien

Entwicklung alternativer Energien im Wendland. Raiffeisen Jameln, erste Biogastankstelle in Deutschland, Gespräch mit Hans-Volker Marklewitz, Raiffeisen Warengenossenschaft Jameln, und den „Energiebauern“ Horst Seide und Manfred Ebeling, Region Aktiv Wendland/Elbetal

18:00 - 20:30 Uhr:

### Abendessen, Zeit für Begegnungen

ab 20:30 Uhr:

### Das Fest in der Kulturscheune

Gemütlicher Festabend mit Kabarett, Musik und Tanz und Überraschungen.  
Moderation: Frank Baumann und Matthias Stührwoldt

## Samstag, 1. Juli 06

Ab 10:30 Uhr:

### Exkursion zum Atom-Zwischenlager Gorleben

Dort Gespräche mit AbL-Bauern/Bäuerinnen, die seit drei Jahrzehnten in der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg aktiv sind

Anschließend

### Schiffstour auf der Elbe

mit Anmerkungen und Erläuterungen über die Elbe und die Elbelandschaft mit Dr. Frank Neuschulz (Deutsche Umwelthilfe) und Reinhart Günzel (BUND).

Gegen 16:00 Uhr: Heimreise



## Hier geht's lang

### Anreise-Routen zum Jubiläumsfest

Jameln liegt im Landkreis Lüchow/Dannenberg im Nordosten Niedersachsens.

#### Anreise per Bahn

Zielbahnhof ist Uelzen (IC-Strecke Hannover-Hamburg). Dort steht am Freitag, 30. Juni bis 9:45 Uhr ein Reisebus (Firma IRRO) bereit, der um 9:45 Uhr nach Jameln fährt (ca. 45 min.). Weitere Fahrten möglich, bitte wenden an: Heiner Rahlfs, Tel. 0179-1171996.

Die Rückfahrt ist am Samstag, 1. Juli mit dem Reisebus nach der Elbfahrt geplant, Ankunft Bahnhof Uelzen ca. 17:00 Uhr. Auch hier können auf Bestellung Sammelbusse eingesetzt werden.

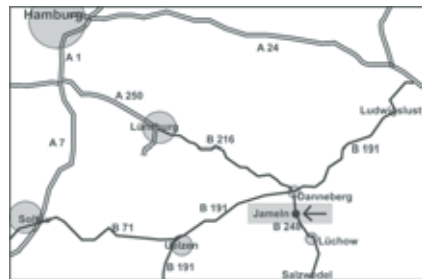
#### Anreise per Straße

Jameln liegt an der B 248 zwischen Dannenberg und Lüchow.

Von Ost: A 24 Richtung Hamburg, Abfahrt 14 Neustadt/Glewe auf die B191

Richtung Uelzen/Dannenberg, in Dannenberg Richtung Lüchow die B 248, die durch Jameln führt (Abfahrt A 24 bis Jameln: ca. 1 Std.).

Von Nord und West: A1/A7 Maschener Kreuz (südl. Hamburg) auf die A 250 nach Lüneburg, weiter auf der Umgehungsstrasse Richtung Uelzen/Dannenberg bis Abfahrt Dannenberg, da auf die B 216, vor Dannenberg im Kreis erste Ausfahrt Richtung Lüchow auf die B 248 (Maschener Kreuz A1/A7 bis Jameln: ca. 1,25 Std.).



Von West wie Süd: A 7 Richtung Hannover-Nord, Abfahrt 52 Mellendorf auf die B 3 Richtung Celle, bei Celle nach Uelzen auf die B191 (B4), bei Uelzen zwei Möglichkeiten: Richtung Lüchow die B 493 oder Richtung Dannenberg die B191, von da jeweils auf die B 248 (Jameln liegt zwischen Lüchow und Dannenberg; Fahrtzeit A 7 Abfahrt

Mellendorf bis Jameln: ca. 2 Std.)

#### Übernachtungsmöglichkeiten

Auf frühzeitige Anfrage hin können Übernachtungsmöglichkeiten vermittelt werden. Anfragen bitte richten an die AbL in Lüneburg, Tel.: 04131-407757, oder an die AbL in Hamm, Tel.: 02381-492288.

## Dankeschön!

Die Bauernstimme dankt allen Unternehmen und Verbänden, die diese Veranstaltung unterstützen:

AbL e.V., ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, AbL Niedersachsen e.V., Andechser Molke-  
rei Scheitz, Bäuerliche Gesellschaft Nord-Westdeutschland, Bäuerliche Erzeugerge-  
meinschaft Schwäbisch Hall, Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg, Ber-  
ninghof in Spenge, Bioland Markt GmbH, Bohlsener Mühle, BUND e.V., Bundesar-  
beitsgemeinschaft Evangelische Jugend auf dem Lande, Deutscher Tierschutzbund,  
Elbmarsch Ölmühle GmbH, Energiebauern, Evangelisches Bauernwerk in Württem-  
berg e.V., FaNaL e.V., Gebrüder Wilke Druckerei GmbH Hamm, gepa Fair Handelshaus  
Hamburg, GLS Gemeinschaftsbank Bochum, Handelsgesellschaft für Naturprodukte  
Gut Rosenkrantz Neumünster, Hamfelder Hof, impuls Steuerberatungsgesellschaft  
mbH Wuppertal, Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbau-  
gebühren, Kartoffelvielfalt Ellenberg, Landberatung Lüneburg e.V., Landkreis  
Lüchow-Dannenberg, Lensing Druck Münster, Naturland e.V., NEULAND GmbH Lüne-  
burg, NEULAND Vertriebs GmbH Westfalen, Nordrind GmbH Verden, Öko-Korn Nord,  
Oldendorfer Mühle, Pro Schwarzwaldbauern e.V., Riedenburger Brauhaus, Schweis-  
furth-Stiftung, Upländer Bauernmolkerei, Wendenknolle w.V., Wendlandbräu.

## BVVG auf neuen Wegen

Ab sofort wird die BVVG frei werdende Flächen alternativ zum Kauf und zur Pacht anbieten. Die Flächen-Lose haben Größen zwischen 10 und 50 Hektar. Entscheidendes Kriterium bei der Vergabe sei die Höhe der von den potentiellen Käufern bzw. Pächtern abgegebenen Angebote, so Dr. Kopmann, Leiter des Bereichs Verkauf/Verpachtung bei der BVVG gegenüber der *Bauernzeitung*. Die BVVG entscheide auf dieser Basis, welche Variante die für sie wirtschaftlichere sei. Verpachtet werden sollen Flächen laut rechtlicher Vorgaben „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ für eine Laufzeit von fünf Jahren. Danach beginnt die Ausschreibung wieder neu, ein Vorkaufsrecht bestehe nicht. Wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, steigen die Pachtpreise bei Neuverpachtungen um 10 bis 15 Prozent. Um eine Wertminderung der Pachtflächen zu verhindern, hat die BVVG im Pachtvertrag festgehalten, dass die auf der Fläche liegenden Zahlungsansprüche nach Ablauf der Pacht mit der Fläche an die BVVG zurückgegeben werden müssen. *mn*

## Die Wiese ist kein Hundeklo

Vor allem das Feld am Rande der Neubausiedlung wird doch immer wieder gerne als leicht zu erreichender Hundespielplatz und eben



Wohl erzogene Hunde(besitzer) wissen, wo Hunde ihr Geschäft machen können. Foto: Hasemeier-Reimer

auch als Hundeklo genutzt. Im Saarland kann dies nun teuer werden: bis zu 10.000 Euro. Grundlage bildet das Naturschutzgesetz, denn in der Nutzzeit dürfen landwirtschaftliche Flächen nur auf vorhandenen Wegen betreten werden. Für viele Landwirte eine erfreuliche Botschaft. Mit dem Appell – alle Hundebesitzer sollen im eigenen und im Interesse der Bauern Rücksicht nehmen – möchte das saarländische Umweltministerium verhindern, dass es zu Strafen kommt. Der Appell soll aber nicht auf das Saarland beschränkt bleiben, denn Hunde gibt es schließlich auch anderswo. *mn*

## Schachern in der WTO

Aktuell diskutieren die Chefunterhändler in der Welthandelsorganisation (WTO) über mögliche Schutzmöglichkeiten für Agrarprodukte. Dabei zeigt sich die EU nicht von ihrer besten Seite. Das kritisierte jüngst die AbL gemeinsam mit den Organisationen des Forums Umwelt und Entwicklung anlässlich des OECD-Ministertreffens in Paris. Die EU will die Bestimmungen für „Spezielle Produkte“, also für das Schutzinstrument für Entwicklungsländer, davon abhängig machen, wie viel Zollschatz sie selbst für ihre „Sensiblen Produkte“ erhält. „Das ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen Entwicklungsländer, die sich in der WTO für Ernährungssicherheit einsetzen“, erklärt Marita Wiggerthale, Handlungsexpertin bei der Entwicklungsorganisation Oxfam. AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf fordert einen Kriterienkatalog für den Zollschatz in der EU: „Die Sensiblen Produkte müssen an soziale und umweltgerechte Kriterien gebunden werden, damit sie auch eine bäuerliche Landwirtschaft in Europa stärken. Es ist notwendig, durch einen Qualifizierten Marktzugang die Entwicklungsländer an unserem Preisniveau zu beteiligen. Damit können sie ihre Volkswirtschaften entwickeln, um so Hunger und Armut zu überwinden.“ *bt*

Kurzes am Rande

# Transparenz kommt, Staffelung muss folgen

EU-Kommission macht Druck. Euronatur legt Vorschlag vor

Wenn uns nicht alles täuscht, dann wird sich bald Einiges tun, was die Direktzahlungen der EU an die landwirtschaftlichen Betriebe und – hoffentlich – auch die Zahlungen an Schlachthöfe, Molkereien und Ernährungsindustrie betrifft. Das Bundeslandwirtschaftsministerium sieht offenbar keine Möglichkeit mehr, die Nachfragen der Öffentlichkeit danach, wie viel denn die größten Prämienempfänger erhalten und ob das Geld denn richtig verteilt ist, weiter abzuwehren. Das, was in anderen EU-Ländern schon gängige Praxis ist, soll nun auch in Deutschland kommen: Transparenz über die Höhe der Zahlungen je Betrieb. Dem Gegenargument, auf das die meisten Bundesländer setzen, um diese Transparenz zu verhindern, nämlich der Datenschutz, scheinen die Juristen in der Bundesregierung nicht viel Gewicht beizumessen. Deutsche Datenschutzauslegungen seien machtlos dagegen, wenn die EU den Mitgliedstaaten die Offenlegung der EU-Zahlungen vorschreibt.

Genau das will die EU-Kommission erreichen. Ihr Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung, der Este Siim Kallas, hat ein Grünbuch „Europäische Transparenzinitiative“ vorgelegt, das am 3. Mai verabschiedet wurde. Darin heißt es: „Die Aufbereitung von Informationen zur Weitergabe an die Öffentlichkeit wird häufig als zusätzlicher Verwaltungsaufwand empfunden. Nach Ansicht der Kommission handelt es sich hierbei um Investitionen, die notwendig sind, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen.“ Also: Transparenz zu Akzeptanzverbesserung.

### Vorschlag für Modulation

Nach Ansicht des AbL-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf darf die Politik bei der Transparenz nicht stehen bleiben. Die Akzeptanz der Öffentlichkeit sei nur zu gewinnen, wenn das Geld anders verteilt werde, um es in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Lutz Ribbe, Direktor der Stiftung Euronatur, hat mit seinem Mitarbeiter Matthias Meißner einen Vorschlag erarbeitet, wie die Direktzahlungen der ersten Säule gestaffelt werden können, um einerseits Ungleichgewichte bei diesen Zahlungen abzubauen und gleichzeitig Mittel für die Förderprogramme zur Ländlichen Entwicklung der zweiten Säule zu erhalten. Bekanntlich hat die EU diese Mittel für die Jahre 2007-2013 so stark gekürzt, dass westdeutsche Bundesländer 47 Prozent, ostdeutsche 20 Prozent weniger erhalten. Insgesamt fehlen Deutschland rund 320 Mio.

Euro jährlich. Um diesen Betrag aus der ersten Säule umzulenken (Modulation), schlägt Ribbe eine einfache Staffelung vor: Direktzahlungen bis zu 20.000 Euro bleiben unberührt. Beträge zwischen 20.000 und 100.000 Euro je Betrieb werden um 7,5 Prozent gekappt und die Zahlungsanteile, die 100.000 Euro übersteigen, werden um 15 Prozent gekürzt.

### 87 Prozent nicht betroffen

Damit wären knapp 87 Prozent aller Betriebe von dieser Modulation nicht betroffen. Trotzdem kämen 317 Mio. Euro an EU-Mitteln zusammen.

Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes von Euronatur und AbL hat Euronatur den Vorschlag für alle Bundesländer durchgerechnet. Wie zu erwarten war, kommen in kleinstrukturierten Bundesländern weniger Mittel zusammen als in den nord- und vor allem ostdeutschen Bundesländern.

Graefe zu Baringdorf schlägt vor, dass trotzdem nicht gleich von Ost nach Süd umverteilt werden soll. „Die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern sollen ein Erstziehungsrecht für Maßnahmen erhalten, die der zweiten Säule entsprechen. Wer Arbeitsplätze auf seinem Betrieb schafft, soll durch die Modulation nicht bestraft werden.“ Erst wenn die Betriebe dieses Angebot nicht annehmen, soll über die Grenzen der Bundesländer verteilt werden. „Wir bekämen Anreiz für eine vielfältige Entwicklung der Betriebe und damit der ländlichen Regionen.“

Unterdessen hat die EU-Kommission nun einen Vorschlag vorgelegt, wie die freiwillige Modulation von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden kann. Diese fakultative Modulation war auf den Druck von Tony Blair im Dezember 2005 in den Beschluss über den EU-Finanzplan für die nächsten Jahre aufgenommen worden. Der Druck auf die Bundesregierung, diese Möglichkeit zu Gunsten der gekürzten zweiten Säule zu nutzen, wächst.

uj

Die Transparenz-Initiative von AbL und anderen Verbänden im Internet: [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

## WTO: Lieblingskuh auf der Kippe

Der Liberalisierungskurs in den laufenden Agrarverhandlungen der WTO drückt massiv auf die Milchpreise, dabei gibt es alternative Konzepte für einen fairen Welthandel, der bäuerliche Höfe stärkt

Jeder Bauer hat eine Lieblingskuh. Meine ist klein, filigran, zäh. Und zu traulich.“ So klingt es, wenn Matthias Stührwolft, Bauer und Autor, in seinen Geschichten über Kühe und das Milchbauerleben spricht. Solche bäuerlichen Worte sind im Zusammenhang mit der Welthandelsorganisation (WTO) allerdings nicht zu finden: „Die allmähliche Liberalisierung des europäischen Milchmarkts erhöht den Druck auf die Erzeugerpreise.“ Oder: „Steigender Wettbewerbsdruck stellt Milcherzeuger vor neue Herausforderungen.“ Dieser Ton wirft in den bäuerlichen Gesprächen immer wieder die Frage auf: Wie sieht denn unsere Zukunft und die unserer Kühe aus, wenn die laufende Handelsrunde der WTO abgeschlossen wird? Das hängt von dem Verhandlungsausgang dreier Themen in der Agrarabteilung der WTO ab. Keinen Einfluss wird nach dem jetzigen Verhandlungsstand das Thema Abbau der heimischen Stützung auf die Milchbauern haben. Die geplanten Obergrenzen für Subventionen sind hoch genug angesetzt, als dass mit Reformdruck zu rechnen wäre. Anders sieht es bei dem zweiten Thema, den Exportsubventionen aus. Die sollen nach jetzigem Stand spätestens 2013 nicht mehr erlaubt sein und bestenfalls bereits 2010 substantiell reduziert werden. „Der Abbau der Exportsubventionen übt am meisten Druck auf den europäischen Milchmarkt aus“, sagt Janine Pelikan von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL).

### Problem Export

Dabei muss unterschieden werden zwischen den so genannten Eiweiß- oder Proteinprodukten und den Fettprodukten. Das Kilogramm EU-Magermilchpulver als ein Proteinprodukt zum Beispiel lag im vergangenen Jahr nur 21 Cent bzw. 10 Prozent über dem Weltmarktpreis (siehe Grafik). Experten vermuten, dass der EU-Preis so weit sinken wird, dass Magermilchpulver künftig auch ohne Subventionen exportiert werden kann.

Der Preis für EU-Butter als ein Fettprodukt ist hingegen sehr viel höher als der Weltmarktpreis, doppelt so teuer, um genau zu sein. In der Logik der EU-Agrarpolitik und der WTO muss deshalb der EU-Butterpreis weiter sinken. 2008 steht die Prüfung der Milchmarktordnung auf der Brüsseler Tagesordnung. Dann steht zu erwarten, dass einige den Interventionspreis weiter gesenkt haben

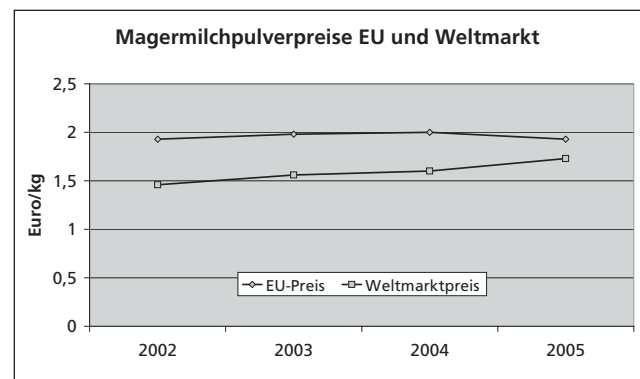
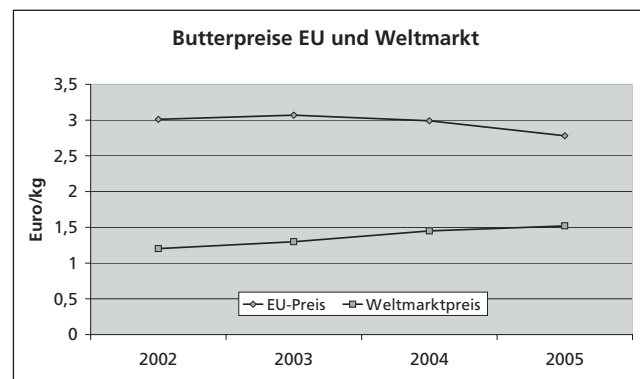
wollen, damit auch der Butterpreis nach unten geht.

### Zollproblem bei Butter

Das dritte Thema in den WTO-Agrarverhandlungen ist die Marktöffnung durch Zollabbau. Mitte Mai hofierte der EU-Handelskommissar Peter Mandelson

spricht sich nur zögerlich dafür aus, die Milch als Sensibles Produkt zu deklarieren und somit von einer weitreichenden Zollsensenkung auszunehmen. Denn als Gegenleistung für diese Ausnahmeregelung fordert die WTO, dass Importquoten (Mengen) von schätzungsweise fünf bis zehn Prozent des eigenen Mark-

men, dann dürfen die hiesigen Milchpreise in Zukunft keinesfalls wieder steigen. Die Luft zwischen EU-Milchpreis und Importpreis wäre dann zu gering. Die Forderung des Bund Deutscher Milchviehalter (BDM) und anderen wie der AbL nach einem Milchmindestpreis von 40 Cent würde damit über die



Der Abstand zwischen EU- und Weltmarktpreis ist vor allem bei Butter ein Problem. Grafik: AbL. Quelle: ZMP

damit, die Märkte noch weiter öffnen zu wollen, als bisher von der EU angeboten. Noch sieht der offizielle EU-Vorschlag aber eine Zollsensenkung von durchschnittlich (!) 40 Prozent vor. Die Folgen dieses Vorschlags hat die AbL an den Beispielen Magermilchpulver und Butter auf Grundlage des Jahres 2005 berechnet. Der Zoll für Magermilchpulver wäre dann um die Hälfte reduziert worden, die Importe hätten 2,09 Euro das Kilogramm gekostet und wären damit immer noch teurer als das EU-Magermilchpulver mit 1,93 Euro. Der Zoll hätte also weiterhin als Schutz vor Importen, die den heutigen EU-Preis unterlaufen, ausgereicht. Anders bei der Butter. Der Zollsatz für Butter hätte eine Senkung um 60 Prozent erfahren. Für ein Kilo importierte Butter hätte 2,70 Euro gezahlt werden müssen und somit weniger, als für die EU-Butter mit 2,78 Euro.

„Bei der Butter hätte sich der Import für die Länder gelohnt, die zu sehr niedrigen Kosten Milch erzeugen. Dazu gehören etwa Argentinien, Brasilien oder Pakistan“, sagt Bernd Voß, Milchbauer in Schleswig-Holstein und im Bundesvorstand der AbL. „Mit großen Mengen ist kurzfristig nicht zu rechnen. Trotzdem müssen Milchzeugnisse in möglichst allen Zolllinien ein Sensibles Produkt und somit geschützt werden, um im Zusammenhang mit dem Qualifizierten Marktzugang die regionale Milchzeugung und -vermarktung zu stärken.“

### Ausweg „Sensibles Produkt“

Der Europäische Dachverband der Milchverarbeitenden Industrie (EDA)

würden an Länder fest verteilt werden, deren Milchindustrie sich dann bequem auf den Export in die EU einstellen könnte. Das passt natürlich gar nicht in die Markt- und Exportstrategie der Milchindustrie. Viel lieber will sie die EU-Preise möglichst schnell auf Weltmarktniveau haben, um selber außerhalb der EU-Grenzen mitmischen zu können. Deshalb erkennt die EDA auch gerne „die Notwendigkeit der Liberalisierung an“.

### Milchindustrie blockt ab

Und in genau diesem Strom schwimmt der Deutsche Bauernverband (DBV) mit. Der fordert die Abschaffung der Milchquote möglichst zeitnah politisch festzulegen, damit sich die Bauern rechtzeitig darauf einstellen können. Der Strukturwandel würde forciert werden. Denn eine Abschaffung der Milchquote würde bedeuten, dass Betriebe billiger und damit schneller wachsen können und die Milchzeugung damit zu den Gunststandorten wandern würde. Was das für ertragsschwächere Standorte bedeuten würde, ist klar: Die dortigen Milchbauern würden abgehängt, ihre Arbeit würde noch schlechter bezahlt als heute, was schließlich die Existenz ihrer Betriebe bedroht. Viele heutige Wiesen und Weiden würden verbuschen.

Kommt die europäische Milchindustrie durch mit ihrer Forderung, keine oder nur wenige Milchprodukte mittels Deklaration als Sensibles Produkt von einer weitreichenden Zollsensenkung auszuneh-

WTO ausgehebelt. Das macht deutlich, wie wichtig ein Außenschutz für die bäuerlichen Betriebe ist, der soziale, umweltgerechte und preisliche Anforderungen berücksichtigt. Das gilt im übrigen genauso für die Bauern und Bäuerinnen in Ländern, die heute unter subventionierten EU-Exporten zu leiden haben.

Um glaubwürdig zu sein, müsste also die EU-Milchquote in Richtung EU-Verbrauch gesenkt werden. Das würde auch den Druck nehmen, der durch den geplanten Abbau der Exportsubventionen auf den EU-Markt erwartet wird, und Luft für einen höheren EU-Milchpreis schaffen.

### Qualifizierter Marktzugang

Von guten Erzeugerpreisen für Lebensmittel in der EU sollen aber auch Entwicklungsländer profitieren. Es ist notwendig, durch einen qualifizierten Marktzugang Entwicklungsländer an unserem Preisniveau zu beteiligen. Damit könnten sie ihre Volkswirtschaften entwickeln. Diese alternativen Konzepte führten zu einem gerechteren Welthandel – eine Voraussetzung dafür, dass auch in Zukunft viele schöne bäuerliche Geschichten über die Lieblingskuh geschrieben werden können.

Berit Thomsen

# Mit elf Jahren die erste Kuh gekauft

Unterwegs auf unterschiedlichsten Milchbetrieben in Wales



Kühe vom Hof „Clunmelyn“

## Mehr Milch in China

Die chinesische Regierung will die Milchproduktion deutlich steigern. Geplant sind „fünf große Basen für die Milchproduktion“. Vor allem die Rohstoffproduktion - die Zucht und Haltung von leistungsfähigen Milchrinderrassen und die Futterproduktion - soll in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Bisher spielt Milch in der chinesischen Ernährung eine untergeordnete Rolle. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch z.B. von Käse ist mit 8 Gramm gering. Wissenschaftler sehen in der bei vielen Chinesen bestehenden „Milchzuckerintoleranz“ den Grund für den geringen Milchverbrauch. Inzwischen empfehlen aber viele Ärzte sowie die chinesische Medizin einen stärkeren Milchkonsum insbesondere zur Vorbeugung der bei Frauen in China weit verbreiteten Osteoporose. Schon jetzt lässt sich feststellen, dass Milchprodukte in Schulen aufgrund des wachsenden Gesundheitsbewusstseins immer mehr Verbreitung finden.

Aled, der 17-jährige Sohn von Ann und Brian Walters bewies schon im zarten Alter von 11 Jahren Talent für die Milchviehhaltung. Er suchte damals auf einer Auktion eine Ayshire-Kuh aus, die den Grundstock für die heute 45 Ayshire-Kühe der Familie legte. Ursprünglich gab es nur schwarz-bunte Frisians-Holstein in der 150 Tiere starken Herde der Familie. Der Hof mit dem Namen „Gelber Hügel“ liegt im Süden von Wales. Seinen Namen, auf walisisch übrigens „Clunmelyn“, hat er wohl von den Ginsterbüschen, die in dieser Gegend überall wachsen. Das Meer ist nicht weit und die Landschaft sehr hügelig. Überall werden Felder und Wiesen durch Hecken in kleine Stücke geteilt. Das Klima ist mild. Die Kühe können praktisch das ganze Jahr über draußen auf den Weiden bleiben. Nur zum Melken werden sie die Hügel hinunter zum Stall getrieben.

## Stetiges Wachstum

Brains Vater hat den Hof 1950 mit 30 ha Land gepachtet. Zwölf Milchkühe wurden hier damals gemolken. Schon nach elf Jahren hatten Brians Eltern ausreichend Geld erwirtschaftet, um den Hof mit eigenem Geld zu kaufen. Brian und Ann Walters haben in den letzten Jahren dagegen mehrere Kredite aufgenommen, um den Hof nach und nach zu vergrößern. „Da beide Söhne großes Interesse an der Landwirtschaft haben, haben wir uns entschlossen, die Herde auf 180 Tiere auszuweiten“, erläutern Brian und Ann. Sie haben das Land und in einem Fall auch die Gebäude zweier ehemaliger Höfe übernommen. Und im letzten Jahr haben sie einen neuen Melkstand mit 20 beweglichen Melkgeschirren und 40 Melkplätzen gebaut. Der Hof umfasst heute 160 ha, davon etwa 20 ha Ackerland. Selbst für walisische Verhältnisse ist der Hof damit deutlich größer als der Durchschnitt mit 85 Milchkühen.

## Chance Öko-Landbau

Seit 1999 wirtschaftet die Familie ökologisch. Die ersten Jahre, insbesondere 2002/2003 waren hart, als die Milchpreise auf 26 Euro-Cent den Liter abstürzten. Doch seit 2004 geht es wieder aufwärts, heute liegt der Preis für Biomilch in Wales bei 38 Cent, Tendenz steigend. Auch wenn die wirtschaftliche Lage noch angespannt ist und bis auf die zur Zeit studierende Tochter alle Familienmitglieder hart arbeiten, sind die Walters optimistisch. In Zukunft wollen sie die Futterkosten noch reduzieren, indem sie neben den 80 ha Silage und ein bisschen Gerste auch Lupinen, Erbsen und Triticale anbauen. Aus ihrer Sicht wird die Nachfrage nach Bioprodukten auch zukünftig weiter steigen.

## Milchpreise zu niedrig

Die Situation der konventionellen Milchviehhalter in Wales und Großbritannien sieht anders aus: In 2005 lag der durchschnittliche Milchpreis bei 26,8 Cent. Bei kleinen Betrieben lag der Erzeugerpreis noch wesentlich niedriger, auf einem der besichtigten Höfe bei 21 Cent, weil die entsprechende Molkerei so genannte Stoppkosten erhebt. Und obwohl der Strukturwandel auf der Insel schon wesentlich weiter fortgeschritten ist als bei uns - es gibt nur noch 16.000 Milchbetriebe auf der gesamten Insel - steigen allein in Wales jede Woche drei weitere Betriebe aus der Produktion aus. Es sind viele kleine Betriebe darunter, aber auch solche mit mehr als 200 Tieren. Doch die Mär vom Wachsen als dem Königsweg aus der Krise wird auch hier weiter erzählt...

## 60 und kein bisschen weise

John Owen, der Betriebschef eines Demonstrationsbetriebes mit Anschluss an eine Landwirtschaftsschule, arbeitet unter besonders guten Bedingungen. Das Land ist fruchtbar und überwiegend Eigentum, Gebäude und Maschinen sind hoch modern. Der Betrieb bewirtschaftet 280 Hektar und hat drei Milchkuherden mit insgesamt 350 Tieren. Und doch zeigen die Berechnungen, dass der gegenwärtige Milchpreis von knapp 27 Cent nicht ausreicht, um die Produktionskosten zu decken. „Deshalb“ soll der Betrieb noch weiter vergrößert werden. Dann sei es kein Problem mehr, für 26 Cent zu produzieren und zukünftig auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein.

Unsere Kollegen von der Farmers Union of Wales (FUW) widersprachen heftig. „Der Weltmarktpreis kann kein Maßstab für die walisische Produktion sein. Und wir müssen uns klarmachen, dass das ständige Wachstum von Betrieben bedeutet, dass andere Betriebe schließen müssen.“

## Druck auf allen Ebenen

Auf die Frage, wie die Lage der Milcherzeuger in Wales verbessert werden könne, antwortet Brian, Vizepräsident der FUW: „Wir müssen Druck auf die Politiker ausüben, die Verbraucher aufklären, die Super-

märkte mehr kontrollieren und als Milcherzeuger EU-weit zusammenarbeiten.“ In Großbritannien hat es schon mal ein Milk Board gegeben, das unter Thatcher jedoch mit der Begründung, es behindere den Wettbewerb, zerschlagen wurde. Die aktuellen Politiker, Premierminister Blair allen voran, haben jeglichen Bezug zum ländlichen Raum verloren. Auch Verbrauchern wird vorgehalten, sie wüssten kaum noch, wie Lebensmittel entstehen und wie man sie selbst zubereitet. An genau diesen beiden Zielgruppen, Verbrauchern und Politikern, setzt deshalb auch die Strategie der großen britischen Frauenorganisation Women's Institute an. „Wir haben die zu niedrigen Milcherzeugerpreise zu einer landesweiten Kampagne gemacht“, erläutert die Campaignerin Noelle Virtue.

Das Thema Milch gelangt immer mehr in die öffentliche Diskussion. Dazu haben insbesondere auch Demonstrationen und Aktionen der FUW beigetragen. „Diese Aktionen gegen die Molkereien haben den Milchpreis jedoch immer nur für einige Monate angehoben. Nationale Aktionen



Intensive Fachgespräche vor Ort: (v.links): Niels Lund, Dänemark; Rudi Berli, Schweiz; Romuald Schaber, Deutschland; Ernst Halbmayr, Österreich; Sieta van Keimpema, Niederlande; Eifion Huws und Brian Walters, Wales.

Fotos: Korpeter

reichten heute nicht mehr aus. Wir sind deshalb sehr angetan von den Plänen des European Milk Board EMB, wenn auch noch ein bisschen skeptisch, ob sie so einfach realisierbar sind.“ Die FUW ist bereits in der FFE (Fairness für Bauern in Europa) engagiert, einem Netzwerk für faire Produktpreise, an dem bisher Organisationen aus Großbritannien und Irland beteiligt sind.

Sonja Korpeter

Die Autorin war im Rahmen eines Treffens der Koordinierungsgruppe des European Milk Board (EMB, siehe Meldung Seite 7) in Wales.

## NRW zieht Streichungen durch

Protest von Milchbauern prallt am Minister ab

Der NRW-Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) hat sich von den Protesten von Milchbauern und Mutterkuhhaltern aus den Grünlandregionen des Landes offenbar nicht beeindruckt lassen. Bei der Abschlussrunde zur Programmplanung für die Jahre 2007-2013 hat er bekannt gegeben, dass er bei seinen Streichplänen bleibt: Das Programm Weidehaltung, an dem heute noch über 4.000 Betriebe in NRW teilnehmen (bei insgesamt rund 9.000 Milchviehbetrieben!), wird gestrichen. Das macht rund einen Cent je Liter Milch aus. Das Festmistprogramm, an dem insgesamt über 2.100 Betriebe (neben Schweinehaltern be-

sonders auch viele Rinderbetriebe) teilnehmen, wird gestrichen. Die Ausgleichszulage für Betriebe in Gebieten, die vom natürlichen Standort her benachteiligt sind, wird zunächst stark gekürzt, ab 2010 soll sie ganz wegfallen. Je nach Standort macht auch das in Milchviehbetrieben rund 0,5 Cent je Liter Milch aus. Uhlenberg begründete die Kürzungen u.a. mit der Kürzung der EU-Mittel. Und: Generell solle künftig die Wettbewerbsfähigkeit ein größeres Gewicht bekommen, zitiert ihn das Wochenblatt.

uj

## CMA muss um Geld bangen

Abgaben zum Absatzfonds erneut in Karlsruhe



Das Bundesverfassungsgericht wird sich wieder mit dem Absatzfondsgesetz beschäftigen. Das Verwaltungsgericht Köln hat den Karlsruher Richtern drei Verfahren vorgelegt, in denen Unternehmen der Ernährungswirtschaft gegen die Pflichtabgaben an den Absatzfonds geklagt haben. Die Kölner Richter teilen die verfassungsrechtlichen Bedenken. Nach dem Gesetz müssen z.B. Molkereien für jede Tonne angelieferter Milch 1,22 Euro an den Absatzfonds abführen, Schlachtereien je Rind 2,04 Euro, je Schwein 0,51 Euro. Die Beträge tauchen schließlich auf den Abrechnungen der Bauern auf. Mit dem Geld wird u.a. die Werbung der CMA bezahlt (siehe Bild). DBV-Präsident Sonnleitner sieht den Kölner Beschluss „mit Sorge“.

uj

## Erneut Kritik am EU-Zuckerexport

WTO-Partner protestieren gegen wachsenden Export

Die EU ist wieder im Gespräch wegen ihrer massiven Zucker-Exporte. Australien, Brasilien und Thailand beschwerten sich am 22. Mai in der Welthandelsorganisation (WTO), dass die EU immer noch viel zu viel subventionierten Zucker auf dem Weltmarkt verkaufe. Der 22. Mai war der Stichtag, an dem die EU ihre Zusage einlösen musste, nur noch 1,27 Mio. Tonnen Zucker subventioniert auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Diese Zusage ist auf den Zuckerstreit von Australien, Brasilien und Thailand gegen die EU zurückzuführen, den die EU im letzten Jahr verloren hat. Demnach ist der so genannte C-Zucker, also der EU-Zucker außerhalb der quotierten Garantiemenge, quersubventioniert und darf nicht mehr auf dem Welt-

markt verkauft werden. Nur noch die mit der WTO vereinbarten 1,27 Tonnen Zuckerexporte sind noch erlaubt. Aber statt die Exporte zurückzuschrauben, verzeichnet die EU Rekorddaten. Australien behauptet, dass im Wirtschaftsjahr 2005/06 etwa 7 Mio. t Zucker aus der EU exportiert worden sind, gegenüber 5 Mio. t im Vorjahr. Die von der EU eingeführte Zuckerreform, über sinkende Preise die Menge nach unten zu drücken, verfehlt noch ihre Wirkung. Die AbL hatte hingegen eine Kürzung der Zuckerquote unter den EU-Verbrauch gefordert, was wesentlich wirkungsvoller gewesen wäre – und auch lukrativer für die Bäuerinnen und Bauern.

bet

Kurzes am Rande

### Drei Tage Milchlieferstreik in Galizien

In Galizien haben die Verhandlungen zwischen Milchindustrie und Milcherzeugern unter Aufsicht von Vertretern der galizischen Regierung keine neuen Ergebnisse gebracht. Die Milchindustrie will weiterhin den Milchpreis um 4 Prozent senken. Aus diesem Grund haben die drei großen Agrarverbände in Galizien sich zur Durchführung eines zeitlich begrenzten Milchlieferstreiks entschieden. Er wird am 29., 30. und 31. Mai (nach Redaktionsschluss) stattfinden. Die Milch soll nicht an die Molkereien abgegeben werden. Gleichzeitig soll es Kundgebungen vor Molkereien und Supermärkten geben. Die galizischen Milchbauern wollen die neuerlichen Preissenkungen auf keinen Fall hinnehmen und erhalten bei diesem Anliegen Rücken- deckung von der galizischen Regierung, die die Preissenkungen angesichts der entspannten Marktlage für nicht notwendig hält. sk

### European Milk Board (EMB) in Wales

Die Koordinierungsgruppe des European Milk Board (EMB) traf sich Anfang Mai in Wales, um konkrete Projekte des EMB zu planen und zugleich in einen engen Kontakt mit den walisischen und englischen Milchbauern zu treten. Es wurden verschiedene Milchbetriebe besucht. Der durchschnittliche Milchbetrieb hat in Großbritannien 100 Milchkühe und kommt mit einem Milchpreis von 21-30 Ct/l nicht klar. Die Farmers Union of Wales wird nun Mitglied im EMB werden. Ende Juni findet in Italien ein Treffen aller EMB-Länderorganisationen statt. Hier soll das EMB als europäische Organisation offiziell gegründet werden. Ebenso sollen die VertreterInnen für die Verhandlungen mit der Molkereiwirtschaft gewählt und die Planung von europaweiten Milchlieferstopps und Blockaden weiter vorangetrieben werden. Auch Konzepte einer Milchmengenregulierung durch die Erzeuger sind ein wichtiges Thema. sk

### Protestpostkarten für Lidl

Am 3. Mai überreichten Vertreter von attac und WEED, stellvertretend auch für AbL und banafair, dem Lebensmitteldiscounter Lidl 13.000 Protestpostkarten. Die Karten mit dem Titel „Soziale Rechte sind doch nicht Banane“ fordern den Lidl-Konzern auf, faire Produktpreise zu zahlen, soziale Rechte weltweit zu achten, Produktgeschichten offen zu legen und eine demokratische Kontrolle der Konzernaktivitäten zuzulassen. In einer Presseerklärung teilten die Verbände mit, dass die Aufnahme von TransFair-Produkten in das Lidl-Sortiment zwar prinzipiell zu begrüßen sei, dass jedoch auch die Arbeitsbedingungen der VerkäuferInnen hier vor Ort fair sein müssten. Auch reiche es nicht aus, acht Produkte fair einzukaufen, wenn die übrigen 1.200 Produkte meist zu Dumpingpreisen erworben würden wie beispielsweise die Milch. sk

### Gentechnikfreie Milch bei Lidl

In ca. 300 Filialen im Ruhrgebiet bietet der Discounter Lidl neuerdings die gentechnikfreie Milch von Bergweide, verarbeitet in der Upländer Bauernmolkerei, an. Pro Woche nimmt Lidl rund 4.500 Liter ab, die unter der Marke „Bergweide“ angeboten werden. Die Milch stammt von den Betrieben der Milcherzeugergemeinschaft Sauerland und Umgebung. Nach einer Testphase soll entschieden werden, ob das Angebot auf weitere Filialen ausgedehnt wird. Da Lidl bisher auf eine Bewerbung der neu eingeführten Marke verzichtet, liegt es vorerst allein in der Hand der Lidl-Kunden, ob sie der Milch einen festen Platz im Sortiment verschaffen. mn

### 10 Mio. Euro für Strukturwandel

Die französische Regierung stellt weitere 10 Mio. Euro bereit, um den Strukturwandel in der Milchwirtschaft zu forcieren. Entsprechend dem „strategischen Plan für diesen Industriezweig“ hat Frankreich seit 2004 bereits 28 Mio. Euro dafür gezahlt. Milcherzeuger erhalten bei Betriebsaufgabe Geld. Im vergangenen Jahr haben 6 Prozent der Milchbetriebe aufgegeben. pm

### Kuh-Verkehrsschilder gesucht

Verkehrsschilder, die vor Kühen auf Straßen warnen, gibt es nicht nur hierzulande. Allerdings sehen die Kühe auf diesen Schildern je nach Land ganz unterschiedlich aus. Deshalb unsere Bitte: Schicken Sie uns Fotos von Kuh-Verkehrsschildern! en  
An die Redaktion der Bauernstimme.



Foto: e-punkt.net

## Monsanto im Unrecht

Zwei Mal hat der Gentechnik-Konzern Monsanto das Konto der französischen Confédération Paysanne gepfändet: im Jahr 2005 und 2006. Grundlage dafür war, dass der Verband aufgrund einer Zerstörung von gentechnisch-veränderten Pflanzen im Jahr 1998 in Montbéliard (Tarn) zu über 170.000 Euro Schadensersatzzahlung an Monsanto verurteilt worden war. Das Landgericht von Bobigny hat nun die Rechtmäßigkeit dieser Pfändungen in Frage gestellt. Grund: Die Rechtsform von Monsanto ist im letzten Jahr verändert worden. Die Gesellschaft, der durch die Feldzerstörung Schaden entstanden war, existiert heute nicht mehr und kann deshalb auch keine Schadensersatzzahlungen eintreiben. Die Confédération Paysanne leitet nun die notwendigen juristischen Schritte ein, um die gepfändeten Beträge wieder zurückzuerhalten. *sk*

## Bauern gegen die A 39

Mit über 70 Traktoren demonstrierten Bauern aus den Landkreisen Lüneburg, Uelzen und Gifhorn kürzlich erneut gegen den Bau der geplanten Autobahn A 39. Der Dachverband der 33 Bürgerinitiativen hat bereits über 30.000 Unterschriften gegen die „Nonsensautobahn“ gesammelt, in den Schutz- und Klagefonds haben Bauern und Hauseigentümer bereits an die 60.000 Euro eingezahlt.



Bauern-Demo gegen geplanten Autobahnbau.

Foto: Thomas Jordan

Die A 39 soll – trotz eines kläglichen Nutzen-Kosten-Verhältnisses – vor allem dem Prestige einiger Politiker dienen. Die A39-Gegner setzen sich für den Ausbau vorhandener Verkehrswege und eine gezielte Regionalentwicklung ein. *en*

## Fachschule für Ökolandbau bleibt

Noch zu Anfang des Jahres sah es gar nicht so gut aus für die Ausbildung zur/zum Staatlich geprüften/r Agrarbetriebswirt(in) mit Schwerpunkt Öko-Landbau. Im Rahmen der allgemeinen Sparlage sollte auch der Ökoversuchsbetrieb Haus Riswick nahe Kleve (NRW) nicht ungeschoren bleiben. Der Schule drohte die Schließung (Bauernstimme berichtete). Ein Hauptargument waren die wenigen Anmeldungen für das beginnende Schuljahr. Anstelle der geforderten 22 Anmeldungen hatten sich lange Zeit nur 18 Landwirte/innen und Gärtner/innen eingeschrieben. Doch das Frühjahr brachte mit 6 weiteren Bewerber/innen die Wende, und so startet das Schuljahr am 9. August mit 24 neuen Absolventen in das 10. Jahr. *mn*

## Existenzgründung in der Landwirtschaft

Die Zahl der Landwirtkinder unter den Studierenden an den deutschen Agrarhochschulen geht weiter zurück. Dennoch wollen sich mehr als zwei Drittel der Absolventen in der Landwirtschaft selbstständig machen. Andererseits haben immer mehr Landwirte keinen Hofnachfolger. Ein Problem auch für wirtschaftlich gesunde Betriebe. Vor diesem Hintergrund untersucht eine am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel erstellte Studie die Situation von 28 Betrieben von Existenzgründern mit äußerst vielfältigen Betriebskonzepten. Über 80 % der Betriebe produzieren nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus. Die Studie gibt Aufschlüsse über die Betriebssuche, die Finanzierung und die Probleme, die aus der Übernahme des Hofes durch familienfremde Personen erwachsen. Wen der Wissenschaftsstil nicht abschreckt, findet viele interessante Anregungen rund um das Thema Hofübergabe und Existenzgründung. Der Projektbericht wird in der BMELV-Reihe „Angewandte Wissenschaft“ veröffentlicht. Download unter [www.hoffinder.de](http://www.hoffinder.de) und [www.kassler-institut.org](http://www.kassler-institut.org) *mn*

Kurzes am Rande

## Rentenbank steigert Gewinn

Förderfonds verteilt Geld. Bauernverband bedient sich

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im letzten Jahr einen Bilanzgewinn von 10 Mio. Euro erzielt, und damit 5 Prozent mehr als 2004, bei einer Bilanzsumme von 77 Mrd. Euro (+ 7,9 Prozent). Der Jahresüberschuss betrug 40 Mio. Euro, wovon 30 Mio. Euro in Rücklagen gingen, so dass der Gewinn von 10 Mio. Euro verbleibt.

Die Hälfte dieses Gewinns wird dem so genannten „Förderfonds der Landwirtschaftlichen Rentenbank“ zugeleitet. Der Förderfonds vergibt das Geld jährlich an Organisationen und Einzelpersonen (Wissenschaft) für Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums, die „das Allgemeininteresse wahren“.

Die formale Entscheidung darüber, wer etwas von den 5 Mio. Euro für dieses Jahr abbekommt, trifft die Anstaltsversammlung der Rentenbank. Diskutiert wird in diesem Gremium aber kaum, in aller Regel wird der Vorschlagsliste zugestimmt, die der Verwaltungsrat der Anstaltsversammlung vorlegt.

Und in diesem Verwaltungsrat hat der Präsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), Gerd Sonnleitner, den Vorsitz. Er ist nicht der einzige Vertreter des Bauernverbands, mit dabei sind drei Präsidenten von Landesverbänden, die Präsidentin des

Landfrauenverbands und natürlich der Generalsekretär des DBV, Dr. Helmut Born. Auch Raiffeisenverband, Ernährungsindustrie, Gewerkschaft IG BAU, drei Bundesländer, das BMELV und das Finanzministerium schicken einen Vertreter, ebenso wie drei Banken.

Dass das Ganze für den DBV und seine vielfältigen Untergliederungen ein gutes Geschäft ist, zeigt sich weniger an den Zuwendungen für die Verwaltungsratsmitglieder (siehe Tabelle). Daraus erhalten die fünf Vertreter des DBV zusammen „nur“ 65.500 Euro (wovon andere Verbände zwei Stellen schaffen würden). Gewichtiger sind die Zuwendungen, die dem DBV aus dem Förderfonds zufließen: 893.000 Euro sind es für 2006, die dem DBV vor allem für laufende bzw. regelmäßige Tätigkeiten zufließen. Da sind die Zahlungen für Landesbauernverbände, für die Andreas-Hermes-Akademie des DBV und für andere Töchter des DBV noch nicht mitgezählt. – Eben eine gute Bilanz, für den Bauernverband.

*uj*

Der Geschäftsbericht 2005 der Rentenbank im Internet: <http://www.rentenbank.de/Download/Berichte/>

## Zahlungen an Mitglieder des Rentenbank-Verwaltungsrats

Von der Rentenbank für 2005 geleistete Zahlungen an die Verwaltungsratsmitglieder (ohne erstattete Reisekosten und Mehrwertsteuer) in Euro

Name, Organisation	Vergütung	Sitzungsgeld
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender), DBV	25.000	2.000
Matthias Berninger, BMVEL	9.400	500
Heinz Christian Bär, DBV	8.500	1.000
Dr. Helmut Born, DBV	8.500	1.500
Gunther Bonz, Hamburg	7.000	0,0
Dr. Rolf-E. Breuer, Deutsche Bank	10.000	1.000
Dr. Ulrich Brixner, DZ Bank	8.500	1.000
Dr. Dietrich Hoppenstedt, Sparka.- u. Giroverband	8.500	1.000
Dietrich Jahn, BMF	8.500	500
Herbert Küster, BMVEL	8.500	1.500
Erika Lenz, DLV	7.000	1.000
Josef Miller*, Bayern	7.000	500
Manfred Nüssel, DRV	8.500	1.000
Norbert Schindler, DBV	8.500	1.000
Otto-Dietrich Steensen, DBV	8.500	1.000
Dr. Johannes Ströh, Agrargewerbl. Wirtschaft	4.400	500
Dr. Peter Traumann, Ernährungsindustrie	2.600	500
Jürgen Trittin*, kommissarisch BMVEL	2.100	500
Hans-Joachim Wilms, IG BAU	8.500	1.000
Dr. Dietmar Woidke, Brandenburg	7.000	1.000

\* bzw. Stellvertreter.

Quelle: Rentenbank Geschäftsbericht 2005



## Eine Leidenschaft für Läuse, Disteln und Franzosenkraut

In diesen Zeilen könnte ich viele Dinge zum Ausdruck bringen, die in mir Wut und Ärger hervorrufen: die Scherereien mit den Behörden, der wachsende Nationalismus in Frankreich, die schwierige Lage des Biomarktes, der Anbau eines genmanipulierten Tabaks auf einem Feld ganz in der Nähe meines Dorfes (warum glauben Bauern an diese Technologie?). Aber mit Wut ist man schlecht beraten. Nein, wovon ich lieber berichten möchte, ist meine Leidenschaft für Beobachtungen und Experimente auf meinem Hof.

Ich möchte verstehen, welche Bedeutung Fauna und Flora in natürlichen und in kultivierten Lebensräumen einnehmen; welche Veränderungen die Landwirtschaft in einem natürlichen Ökosystem bewirkt; wie sich eine Krankheit entwickelt. Diese Leidenschaft wurde erzeugt durch den Wunsch herauszufinden, warum meine Region „la Champagne crayeuse“ seit Jahrhunderten und noch um 1950 „Verlauste Champagne“ genannt wurde – mit dem Beiklang von Armut und Unfruchtbarkeit. Diese Region der Ebene (ungeachtet der Weinberge) bildet heute ein ausgedehntes Gebiet von Intensivkulturen. Kühe, Schafe und „Savarts“ sind praktisch verschwunden und mit ihnen die damit verbundene

Wirtschaftsweise. Die „Savarts“ waren eine Art lokale Tundra mit einer (in agronomischer Hinsicht!) ziemlich kargen Vegetation, die von Schafen durchwandert wurden. Mechanisierung, Dünger und Pestizide sowie politische Orientierung haben diese Gebiete in Kulturland umgewandelt. Die einzigen Zeugen der Vergangenheit bleiben die Militärgelände, wo Panzer und Geschosse die Schafe ersetzen.

Der Beiname „pouilleux“ (verlaust) hatte nichts zu tun mit Läusen und Armut, sondern mit einer Pflanze, dem Thymian (*Thymus serpyllum* ag.), der gebietsweise „pouillot“ genannt wurde. Dieses Wort hat sich sogar zu „pouille“ verwandelt, als Bezeichnung für unerwünschte Kräuter. Das ist bereits ein Beispiel für einen Pflanzennamen, dessen Bedeutung aus der volkstümlichen Sprache stammt und mit der Geschichte (auch wirtschaftlich) einer Bevölkerung verbunden wird.

In dieser Gegend Ökologischen Landbau zu betreiben hieß daher, vor noch 20 oder 30 Jahren für die älteren Bewohner, aber auch für meine Generation, in diese Perioden der Armut zurückzukehren!

Gerade von den Alten kann ich noch etwas erfahren und die Geschichte meiner Region verstehen lernen. Und auch aus Büchern und aus Arbeits- und Unterrichtsunterlagen von Landwirten. Auf meinem Hof verwende ich keinerlei Dünger oder Unkrautvernichter (auch keine mechanische Unkrautbeseitigung). Ich möchte beobachten, wie sich ein Boden entwickelt; was diese

rasiten zu bekämpfen, und dabei vergisst, dass sie durch ihre Techniken deren Entwicklung selbst herbeiführt.

Ich höre und lese oft, amüsiert und auch traurig, von den Auseinandersetzungen der Menschen mit Disteln, Brenneseln, Blattläusen, Kartoffelkäfern, Getreidebrand etc., die in ihren Feldern oder Gärten auftauchten und deren Vorkommen und Ausbreiten auf Fehlverhalten der Nachbarn beruhten. Jedes Element des Lebens korrespondiert mit einem bestimmten Biotop. Das Franzosenkraut hat sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in ganz Europa, wie auch in Frankreich, ausgebreitet und zwar in

Augen unsichtbar.“ Möge die sanfte Brise, die über die Erde weht, diese Botschaft verbreiten.

Alain Basson

PS: Ich bin unter anderem sehr interessiert an sämtlichen Geschichten und Anekdoten über Pflanzen oder andere Kultur „begleiter“. Kontakt über die Redaktion der Bauernstimme: [info@bauernstimme.de](mailto:info@bauernstimme.de)



sehr kalkhaltige Erde hat „arm“ machen können. Selbstverständlich ist es mein Ziel, ein Ökosystem zu schaffen, das lebensfähig und so weit wie möglich im Einklang mit der Natur steht.

Die Beobachtung von Fauna und Flora und von „Krankheiten“ und das Verstehen ihrer ökologischen Bedeutung sind für mich von größtem Interesse. Es sind nicht nur biologische Indikatoren, sondern ihre Rolle besteht auch darin, unsere Fehler gegenüber der Erde zu reparieren.

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die Landwirtschaft in Verbindung mit den wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen weiterentwickelt, ohne sich über den Eingriff bewusst zu werden, den jede „neue“ Technik auf die Evolution des Bodens und des Anbaumilieus hat. Die Landwirtschaft ist ein weites Feld, auf dem die Menschheit viel Energie vergeudet, indem sie versucht, Unkräuter, Krankheiten und Pa-

Verbindung mit den landwirtschaftlichen Entwicklungen durch das Einbringen von Düngemitteln und der Schaffung temporärer Weiden (die Pflanze ist sehr stickstoffliebend). Hingegen wird in der Volksgeschichte Osteuropas die Ausbreitung (freiwillig oder unfreiwillig) des Franzosenkrautes mit den Schandtaten Napoleons verbunden. Die Geschichte der Menschheit ist eng mit der der Fauna und Flora verknüpft, Vegetation und Tierwelt sind Offenbarung und Zeuge einer Epoche, ihrer Kenntnisse und Geisteshaltung. Diese Elemente des Lebens können uns wie Spiegel helfen, uns auch selber kennenzulernen. Lasst uns lernen, die Natur, unsere Felder, das Vieh auf andere Weise zu betrachten als nur durch fliegende Samen, auftauchende Krankheiten, Schädlinge, die unsere Saat ruinieren... In „Der kleine Prinz“ von St. Exupéry, sagt der Fuchs: „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die

### Betriebsspiegel

46 ha Hof in biologischem Anbau  
 Departement Marne  
 (Region Champagne-Ardenne)  
 18 Milchkühe,  
 die Milch wird an eine konventionelle  
 Molkerei vermarktet  
 Nachwuchs und 8 Mastkälber  
 27 ha Grünland  
 15 ha Getreide  
 (Dinkel, Einkorn, Weizen aus Landsorten,  
 Winterhafer, Gerste und nackte Gerste),  
 (Winter)linsen von Champagne, Leinsamen,  
 Rübsamen für Öl.  
 Ein Mitarbeiter (0,25 Ak).  
 Zusätzlich führe ich Ausbildungskurse  
 „Grundlegende, für die Landwirtschaft  
 angewandte Ökologie“ durch

## Edeka setzt im Süden auf Regionales

Ähnlich wie die Edeka Südbayern setzt auch die Edeka Nordbayern-Sachsen-Thüringen zunehmend auf einen regionalen Bezug von Lebensmitteln. Das ist Teil einer Strategie: „Wir werden die Edeka Nordbayern neu aufstellen“, kündigte der Geschäftsführer der Edeka Nordbayern, Georg Dietrich, gegenüber der *Lebensmittelzeitung* (LZ) an. Dabei blicken die Rottendorfer bereits auf junge Erfolge. Ihr Regionalkonzept, im vergangenen Jahr unter dem Motto „Bestes aus unserer Region“ entwickelt, greife bereits, so die LZ. Es bestehe ein Pool von inzwischen 1.200 Lieferanten regionaler Waren, „und jede Woche melden sich gut 30 weitere Interessenten“, zitiert die LZ den Sprecher. Über 20 Prozent der Umsatzen werde bereits durch regionale Sortimente erwirtschaftet. Edeka will sich mit einem regional geprägten Angebot von den Mitbewerbern abheben. Regionalität werde durch einen Umkreis von 30 km definiert, so Vertriebsgeschäftsführer Edo Günther zur LZ. Edeka-Sprecher Dietrich sieht für die regionalen Anbieter die Notwendigkeit, stärker zu kooperieren. „Nur durch eine Bündelung der Kräfte kann es den Regionen gelingen, im Wettbewerb mit überregionalen und internationalen Anbietern Schritt zu halten“, sagte er der LZ. Die Edeka Nordbayern-Sachsen-Thüringen tätigte im letzten Geschäftsjahr 2,87 Mrd. Euro Umsatz. *uj*

## Mindestpreis für Bauernhofurlaub

Die meisten Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof versuchen, möglichst günstig zu sein. Durch den Verzicht auf eine getrennte Buchführung wissen die wenigsten Betriebe, ob der Fremdenverkehr für sie rentabel ist. Die seit 15 Jahren existierende Anbietergemeinschaft Chiemsee-Wendelstein hatte deshalb die Befürchtung, dass viele Mitgliedsbetriebe mit der Zimmervermietung aufhören, wenn bei einer anstehenden Renovierung die tatsächlichen Kosten erfasst werden. Je nach Kategorie der Zimmer bzw. Wohnung wurden jetzt Mindestpreise festgesetzt, um zu garantieren, dass die Vermietung zumindest kostendeckend ist. Mit ihrem Schritt möchten die Initiatoren auch anderen Anbietern von Bauernhofurlaub den Rat geben, genau zu kalkulieren, bevor man Preise festlegt. *mn*

## Fairness für Bauern in Europa

Fairness for Farmers in Europe ist der Name eines neu gegründeten Netzwerkes, an dem bisher Agrarorganisationen aus Großbritannien und Irland mitarbeiten. Bei dem ersten offiziellen Treffen auf der Insel Man Anfang Mai wurde das Hauptziel der Kooperation festgelegt: Europaweit zusammen zu arbeiten für faire Preise für Bauern und ihre Familien. Dies soll geschehen durch Koordination der Aktivitäten der einzelnen Organisationen, Lobbyarbeit auf sämtlichen Politikebenen, kreative Aktionen im Rahmen der Gesetze, Pressearbeit und den Einsatz für Gesetzesänderungen. Der Vorsitzende des Treffens, Howard Quayle, sagte: „Wir sind nicht anti Supermärkte, wir sind nicht anti Profit, wir sind pro Fairness, und es ist an der Zeit, dass Bauern eine faire Bezahlung für ihre faire tägliche Arbeit erhalten.“ *sk*

## Erdgaswirtschaft für Beimischung

Der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft BGW will durch eine freiwillige Selbstverpflichtung die Nutzung von Biogas als Kraftstoff aktiv fördern. Man habe sich verpflichtet, dem Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird, bis 2010 bis zu 10 % Biomethan beizumischen, sofern dieses auf Erdgasqualität aufbereitet ist, erklärte Michael Feist, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Hannover AG, als Präsident des BGW. Bis 2020 solle der Anteil auf bis zu 20 % steigen. Voraussetzung dafür sei, dass die derzeit gültige Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff und die Steuerbefreiung für Biogas beibehalten werden. Die Gaswirtschaft und die Automobilindustrie bräuchten verlässliche und kalkulierbare Investitionsbedingungen, um die Infrastruktur und die Modellpalette in Deutschland weiter auszubauen. Rund 650 Erdgas-Tankstellen mit einem Investitionsvolumen von rund 150 Mio. Euro gebe es mittlerweile in Deutschland, der Kraftstoffabsatz wachse Jahr für Jahr konstant um 30 Prozent. Ende 2005 waren knapp 39.000 Erdgasfahrzeuge in Deutschland unterwegs. Der Fachverband Biogas sieht das Signal der Gaswirtschaft mit gemischten Gefühlen. Wo bleibt die Landwirtschaft, wenn Biogas in neue Größenordnungen einsteigt, fragt Geschäftsführer Claudius da Costa Gomez in Freising. *we*

Kurzes am Rande

# Vorfahrt für Arbeit bei Ökobier

Eine Studie aus Bayern belegt, wie viele Arbeitsplätze durch den höheren Preis für Ökoprodukte geschaffen werden. Die Ökobrauerei Neumarkter Lammsbräu startet Verbraucheraufklärung

Geiz ist nicht geil. Eine Diplomarbeit an der Uni Augsburg zeigt deutlich, dass unsere täglichen Einkaufsentscheidungen ganz wesentlich für die fünf Millionen Arbeitslosen in unserem Land mitverantwortlich sind.

In ihrer Studie ging Katrin Oppitz der Frage nach: Was ist der Unterschied zwischen Billigbier, konventionellem und Ökobier in Bezug auf den Arbeitsmarkt? Als Beispiel diente die Brauerei Lammsbräu aus dem Landkreis Neumarkt in Bayern, die seit über 20 Jahren Öko-Bier erzeugt und von 100 bäuerlichen Familienbetriebe mit Braugetreide beliefert wird.

2006 in Neumarkt vorgestellt und diskutiert wurde. Begeisterung äußerte der Referent Manfred Mödinger, Unternehmensberater aus Siegsdorf: „Das nenne ich ‚Vorfahrt für Arbeit durch Bio!‘ Wenn es der Bundesregierung also ernst ist mit ihrem Programm ‚Vorfahrt für Arbeit‘ müsste unser neuer Landwirtschaftsminister glühender Anhänger der Bioerzeugung werden“, meint Mödinger.

### Billigbier: 9.000 arbeitslos

Nun sind aber auch die konventionellen mittelständischen Brauereien in den letzten 20 Jahren vom Billigtrend erfasst worden.

Ein Unternehmen, Oettinger, konnte diesen Trend in großem Umfang für sich nutzen und stellt heute rund die Hälfte des im deutschen Handel verkauften sehr billigen Biers her. In der Studie von Katrin Oppitz wird berechnet, dass die Billigwelle der letzten 10 Jahre allein im

Braugewerbe rund 9.400 Arbeitsplätze gekostet hat. Das sind ein Viertel aller Arbeitsplätze der Branche. So bestätigt auch die offizielle Statistik, dass in der Braubranche in den letzten 10 Jahren rund 10.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden.

### Aktion „Fair zum Bauern“

Was heißt das nun für den Verbraucher? Beim Kauf einer Kiste Billigbier gehen im Schnitt nur 0,66 Euro als Lohn an Menschen. Bei einer Kiste Ökobier der Firma Lammsbräu sind es dagegen 4,09 Euro. Dazu kommt noch ein weiterer Euro für die Zusatzkosten des Biogetreides. Die Firma Lammsbräu will diese Zusammenhänge nun den Konsumenten vermitteln und hat unter dem Motto „Einen Euro extra für die Biolandwirtschaft“ die Aktion „Fair zum Bauern“ ins Leben gerufen. Mit Anhängern und Aufdrucken auf den Etiketten soll die Botschaft weitergegeben werden, dass der höhere Preis für Ökoprodukte Arbeitsplätze sichert.

*we*



### 19 zu 4 für Ökobier

Frau Oppitz hat in zwei Beispielrechnungen die Zahl der Arbeitsplätze durchgerechnet, die durch den Bezug landwirtschaftlicher Produkte durch die Brauerei gesichert werden, und zwar einmal für die tatsächliche Lammsbräu als Biobetrieb und für eine vergleichbare konventionelle Brauerei mit denselben Mengen Hopfen und Braugetreide. Zu Grunde lagen die Zahlen des Bayerischen Agrarberichts 2004.

Im Ergebnis werden durch den Biogetreidebezug der Lammsbräu 15 landwirtschaftliche Arbeitsplätze gesichert. Wird dieselbe Berechnung für Biohopfen durchgeführt, kommen weitere 3,9 bäuerliche Arbeitsplätze hinzu, so dass die Biobrauerei Neumarkter Lammsbräu insgesamt rund 19 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert. In der konventionellen Variante ergeben sich nur noch 3,5 bäuerliche Arbeitsplätze im Getreidebau und 0,53 Arbeitsplätze im Hopfenanbau. Als konventioneller Betrieb würde Lammsbräu also nur noch rund 4 bäuerliche Arbeitsplätze sichern.

### Preis sichert Arbeit

Die Rechnung zeige, dass der Preis, den Brauerei und Verbraucher für die Biorohstoffe bezahlen, nahezu ausschließlich in die Bezahlung von Arbeitskraft gehe, so das Fazit auf dem Seminar „Vorfahrt für Arbeit – Impulse für regionales Marketing“, auf dem die Studie am 16. März

Die Diplomarbeit von Katrin Oppitz kann heruntergeladen werden unter [www.wzu.uni-augsburg.de](http://www.wzu.uni-augsburg.de). Mehr zur Aktion der Brauerei Lammsbräu unter [www.fair-zum-bauern.de](http://www.fair-zum-bauern.de).

## Autofahren mit Biogas

Im Wendland wird am 22. Juni die erste Biogas-Tankstelle Deutschlands eingeweiht

Biogas lässt sich nicht nur in Strom umwandeln, sondern auch in Geschwindigkeit. Am 22. Juni wird im Wendland auf dem Gelände der Raiffeisengenossenschaft RWG Jameln an der B 248 die bundesweit erste Biogas-Tankstelle eingeweiht (Veranstaltungshinweis S. 22). Auch im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Bauernstimme“ (Seite 3) am 30. Juni ist Gelegenheit zur Besichtigung. Die Biogasanlage der RWG Jameln hat bereits am 18. Dezember 2005 ihren Betrieb aufgenommen. Mit einer Leistung von 600 kW wird sie rund 1.000 Haushalte in der Region mit Strom versorgen. 40 Landwirte liefern Mais, Getreide und Rindergülle. Bald kann dann also das Biogas auch getankt werden. Etwa 10 Prozent des Biogases sollen zu Treibstoff aufbereitet werden. „Das reicht für 20 Tankfüllungen pro Tag“, erklärt RWG-Geschäftsführer Hans-Volker Marklewitz.

### E.ON Avacon mit dabei

300.000 Euro hat die Pilotanlage gekostet, wovon ein Drittel der Verein „Region Aktiv Wendland/Elbetal“ übernommen hat. An dem Projekt beteiligt sich auch der regionale Gasversorger E.ON Avacon Lüneburg. Für Vertriebsleiter Reinhard Hunger ist die Investition in eine mit konzerneigenem Erdgas betriebene Tankstelle im ländlichen Raum nicht sinnvoll, trotzdem möchte Ava-

con die Lücke im Tankstellennetz schließen. „Dieses Pilotprojekt wird zeigen, ob Biogas eine Perspektive für andere Gasversorgungsunternehmen sein kann“, so Reinhard Hunger. „Wir machen es vor, damit es andere nachmachen können“, bringt Horst Seide, Neuland-Landwirt und Biogaspionier aus dem Wendland es auf den Punkt.

### Angepasste Technologie

Und tatsächlich musste im Wendland einiges an Pionierarbeit geleistet werden. Zuerst ging's nach Schweden, wo es bereits Anlagen gibt, die Biogas aus Kläranlagen aufbereiten. „Allerdings in einer völlig anderen Größenordnung“, wie Geschäftsführer Marklewitz zu bedenken gibt. „Sie haben eine Kapazität von 6.000 m<sup>3</sup>/Std., unsere dagegen von 100 m<sup>3</sup>/Std.“ Da musste also Großtechnologie an regionale Bedürfnisse angepasst werden. Denn das Biogas kann nur nach Aufbereitung als Kraftstoff genutzt werden. Entscheidend ist der Methangehalt, der in Jameln bei über 95 Prozent liegen soll. „Das ist Premiumqualität“, betont Marklewitz. Damit hat man dann ein zu herkömmlichem Erdgas vergleichbares Produkt. Ein Gasfahrzeug kann also alternativ mit Biogas oder Erdgas fahren – und das, haben Experten berechnet, mit der Biogasproduktion von einem Hektar Energiepflanzen rund eineinhalbmahl um den Globus, also 65.000 km weit.

Der Abgabepreis für Erd- bzw. Biogas liegt derzeit bei 0,70 Euro/kg. Umgerechnet entspricht das einem Benzinpreis von 0,47 Euro/l – also deutlich unter den Kraftstoffkosten für Benzin und Diesel. So sollen sich die Mehrkosten für ein Gaskraftfahrzeug nach 20.000 km amortisiert haben.

### Trecker müssen warten

Wäre das nicht auch eine sinnvolle Alternative für Landwirte, die über den Wegfall der Gasölverbilligung klagen? Doch hier sieht Marklewitz noch technische Probleme: Auf dem Schlepper ist kein Platz für einen riesigen Gastank. Zwar haben Firmen wie John Deere gezeigt, dass die Umrüstung auf Gasbetrieb geht, aber den ganzen Tag lässt sich mit einer Füllung nicht fahren. Nach 300 km ist der Tank leer. Bereits umgerüstet auf ihr Biogas haben die Wendländer ein Beregnungsaggregat, das am 22. Juni mit vorgeführt wird. Geforscht wird auch an größeren Transportbehältern für Biogas.

we



In Jameln kann demnächst Biogas getankt werden, das aus Pflanzen und Gülle umliegender Höfe erzeugt wird. Foto: Region Aktiv Wendland/Elbetal e.V.

### Maisanbaufläche ausgedehnt

In Niedersachsen ist die Anbaufläche für Mais in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um fast 10 Prozent auf 390.000 ha ausgedehnt worden, wie Erhebungen des Landesamt für Statistik auf Basis ausgewählter Testbetriebe zeigen. Silomais wurde demnach sogar auf 15 Prozent mehr Fläche angebaut. Der Landesbauernverband nennt den Boom bei Biogasanlagen sowie die Zuckermarktreform Gründe. *uj*

### 6 Prozent mehr Raps angebaut

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland die Anbaufläche von Winterraps für die Ernte im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent ausgedehnt. Die Fläche umfasst nun gut 1,4 Mio. Hektar.

uj

## EU-Ausschuss fordert nationale Biomasse-Aktionspläne

10 Prozent der Strukturfördermittel umnutzen. Ökologische und soziale Standards gefordert

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ruft in seiner gerade verabschiedeten Stellungnahme zum Biomasseaktionsplan der EU-Kommission die EU auf, sich vorzunehmen, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von heute weit unter 10 % auf mindestens 25 % zu erhöhen. Autor der Stellungnahme ist Bernd Voß, stellvertretender AbL-Vorsitzender.

Der Ausschuss, in dem europäische Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner vertreten sind, fordert u.a., einen wachsenden Anteil der Fördermittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU für den Bereich nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien zu verwenden. Im Jahr 2013 sollten es mindestens zehn Prozent dieser Mittel sein, bisher sind es nicht mal ein Prozent.

Aber nicht nur finanzielle Anreize mahnt der Ausschuss an. Auch bei den anderen Rahmenbedingungen fordert er Anpassungen. So werde die im Energiebereich anzutreffende Unternehmenskonzentration dem Anspruch auf zügige Einführung innovati-

ver Techniken und Verfahren „nicht immer gerecht“. Neue Impulse, die oft in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen, würden so oft nicht ausreichend genutzt. „Wir fordern die Kommission auf, Wege zu finden, dem diskriminierungsfreien Markt- und Netzzugang von regenerativen Produkten und Dienstleistungen kleinerer und mittlerer Unternehmen mehr Beachtung zu schenken“, erläutert Voß.

### Nicht nur Treibstoff

Der Ausschuss bewertet die Potenziale unterschiedlicher Nutzungsformen von nachwachsenden Rohstoffen differenziert. So sei es nicht immer sinnvoll, alles über aufwändige Verfahren in Treibstoff zu verwandeln, sondern könne – wie beim Holz – auch direkter für die Wärmeerzeugung genutzt werden. Generell mahnt der EWSA an, den Wärmebereich stärker in den Blick zu nehmen, da dieser Bereich die Hälfte des Energiebedarfs ausmache, derzeit aber weniger als 10 Prozent aus regenerativen Quellen kommen.

Um die regionalen Potenziale besser zu erkennen, fordert der Ausschuss obligatori-

sche nationale und regionale Biomasseaktionspläne. Ebenso wird eine effizientere, diskriminierungsfreie Umsetzung der Genehmigung von regenerativen Investitionsvorhaben durch die Verwaltungen erwartet. Genannt ist an dieser Stelle auch die verpflichtende Aufnahme von Biomasse und regenerativen Energien in die Regionalpläne.

Bei aller Aufbruchstimmung im Biomassebereich mahnt der Ausschuss, soziale und ökologische Anforderungen nicht zu übergehen. Er nennt Nachhaltigkeitskriterien für den Anbau in Europa und die Kriterien Ernährungssouveränität sowie soziale und ökologische Standards für einen qualifizierten Marktzugang für Importe aus außereuropäischen Ländern.

Nicht zuletzt fordert der Ausschuss eine Neuregelung für die Energiepflanzenprämie. Bei der Ende 2006 anstehenden Überprüfung müsse es zu einfacheren Verwaltungslösungen kommen, sei die Prämienhöhe anzupassen sowie auch Landwirten in den EU-Beitrittsländern anzubieten.

Seit zwei Wochen dürfen die Hühner wieder ins Freie. Höchste Zeit, denn die steigenden Temperaturen machen den Auslauf gewöhnten Tieren zu schaffen. Zudem sind die Tiere tagsüber sehr aktiv, da die Ställe nicht abgedunkelt und künstlich beleuchtet sind. Sobald die Sonne scheint, versuchen die Hühner ein Sonnenbad zu nehmen. Da die Sonne aber immer nur auf einen kleinen Fleck fällt, kommt es leicht dazu, dass die Tiere sich gegenseitig erdrücken. „Dann muss man am besten alle 10 Minuten im Stall vorbei schauen, um Katastrophen zu verhindern“, berichtet Bärbel Endraß, die im badischen Wangen 3.000 Hühner hält. Dabei hatten die Freilandhühner bei der Arrestierung anfänglich noch ganz gut mitgespielt. Zumindest, wenn man die Legeleistung als Bewertungsgrundlage nimmt. Die nämlich blieb gleich und stieg manchmal sogar leicht an. Den Preis hierfür zahlten die Halter, denn die Hühner fressen bei ganztägiger Stallhaltung deutlich mehr Kraftfutter, da ohne Auslauf auch kein Grünzeug gepickt werden kann. Auch kommt es zu sozialen Problemen innerhalb der Herden. Nur durch eine intensive Betreuung konnte in aller Regel verhindert werden, dass es zu Kannibalismus und Federpicken kam. Dennoch war die Aggression aufgrund der Enge in den Herden deutlich zu spüren, berichten die Praktiker durch die Bank. Bei der Vermarktung blieben – zumindest bei Eiern – die noch Anfang des Jahres prognostizierten Einbrüche aus. Wer seine Produkte direkt vermarktet bzw. regionale Abnehmer hat konnte auf das Vertrauen der Kunden bauen. Bleibt die enorme Mehrarbeit, die niemand entlohnen wird.

### Gänsehalter stark betroffen

Wesentlich härter von der Aufstallungspflicht getroffen wurden die Gänsehalter. Die Produktion von Jungtieren ist saisonal an das Frühjahr gebunden. Gänse sind als Herdentiere auf die Haltung im Freiland angewiesen. Innerhalb der Herde entwickeln die monogam lebenden Tiere eine ausgeprägte Sozialstruktur. Sperrt man die Tiere ein, bricht das Sozialgefüge zusammen. In der Folge werden keine Eier mehr gelegt, was insbesondere für die Züchter fatale Folgen hat. In diesem Frühjahr waren es deshalb vor allem Gänsehalter, die Ausnahmegenehmigungen bekamen, um ihre Tiere weiter im Freien halten zu können. Auch der Betrieb in Sachsen, bei dem als bisher einzigem Nutztierbetrieb in Deutschland das Virus gefunden worden ist, hatte seine Gänse im Freiland.

### Der Fall in Sachsen

Allerdings waren nicht die Gänse an dem Virus erkrankt, sondern einige der

## Endlich frei, vorerst

Eine lange bekannte Tierseuche kommt nach Europa. Verordnungen versuchen im Vorfeld, das Unbekannte zu regeln

7.000 Puten, die den Stall nicht verlassen hatten. Den 4.300 Gänsen hat das nichts genutzt. Die Untersuchungen ergaben, dass sie Antikörper gegen Vogelgrippe-Viren gebildet hatten; gegen welche, also ob gegen den Typ H5N1, ließ sich aber nicht feststellen. Den Virus konnte man bei ihnen nicht feststellen.

Nach Einschätzung des seit der Vogelgrippe viel gefragten Friedrich-Löffler-Instituts (FLI) ist die Ansteckung der Puten auf eine „direkte oder indirekte Infektion durch Wildvögel“ zurückzuführen. Die Lage des Betriebs, auf einer Landzunge in einer von Seen durchzogenen Landschaft, lässt diese Vermutung

Geschichte seinen Anfang nahm. Im Norden wurden vor allem entlang der Ostseeküste und im Oderbruch infizierte Tiere registriert. Im Süden ist vor allem der Bodensee betroffen. In Bayern verteilen sich die Fundorte großflächig über das gesamte Bundesland. In den übrigen Bundesländern sind, wenn überhaupt, nur einzelne Fälle bekannt. Offensichtlich sind nicht alle Vögel gleichermaßen gefährdet. Mit über 50 Prozent der verendeten Tiere sind Schwäne mit Abstand am häufigsten vertreten.

Inzwischen mehren sich die Stimmen von Seiten der Ornithologen, die an der Theorie einer Übertragung durch Zug-



DLG Foto: Stefan Klarner

plausibel klingen. Viele Fragen bleiben aber dennoch offen. Warum sind die Gänse im Freien nicht erkrankt oder zumindest infiziert? Sie hätten die Möglichkeit gehabt, in direkten Kontakt mit etwaigen Zug-, Wasser- und Watvögeln zu kommen. Auf welchem Weg kam der Erreger in den Stall? Einstreu? Ein Gummistiefel mit Vogelkot? Ungewaschene Hände? Eine indirekte Übertragung kann so ziemlich alles sein.

### Übertragungsweg weiter offen

Neben der Frage, wie die Infektion sich auf Nutztierbestände überträgt, ist räumliche Verbreitung von zentralem Interesse. Von Asien bis nach Europa zog sie in einem halben Jahr. Die Wissenschaftler vom Friedrich-Löffler-Institut haben die Zugvögel als Überträger identifiziert. Und in der Tat waren es vor allem Vögel, die erkrankten und starben. Inzwischen wurden 343 infizierte Wildvögel nachgewiesen. Die größte Gruppe wurde auf der Insel Rügen gefunden, wo der deutsche Teil der

vogel zweifeln. Die Ausbreitung orientierte sich nicht an den Hauptzugwegen. Auch stört die Ornithologen, dass die ersten Funde im Februar gemacht wurden, als der Vogelzug schon mehrere Monate abgeschlossen war. Die Erklärung der Bundesforschungsanstalt für Tiergesundheit, die Schwäne seien erst im Laufe des Winters aufgrund der anhaltenden Kälte entlang der Küste aus dem Osten kommend nach Rügen gezogen, bleibt unbefriedigend. Vor allem weil an der östlich von Deutschland gelegenen Küste und den angrenzenden Gebieten kein einziger Fund gemeldet ist.

Dabei gibt es andere denkbare Verbreitungswege als die über Zugvögel. Zahlreiche Organisationen und Wissenschaftler – darunter die internationale Naturschutzorganisation BirdLife und die Welternährungsorganisation (FAO) zum Beispiel – weisen darauf hin, dass sich das Virus H5N1 bereits in Asien nur über den Weg der Geflügelhaltung und -vermarktung Richtung Westen

ausgebreitet haben kann. Auch weisen sie darauf hin, dass die Wildvögel sich zwar infizieren können, dann aber sehr schnell sterben würden und nicht in der Lage wären, größere Strecken zu fliegen. Diskutiert wird auch, welche Rolle der Handel mit Ziervögeln für die Verbreitung hat. Viele der Importe sind illegal und unterliegen keinerlei veterinärmedizinischer Kontrolle. Für die Einschleppung des Virus nach Afrika wird auch von offizieller Stelle der Handel mit verseuchtem Fleisch als eine wahrscheinliche Ursache gesehen. Denn neben der Türkei und Ägypten gilt Nigeria als einer der Hauptumschlagplätze auf dem weltweiten Geflügelmarkt.

Die Bundesregierung hat das Friedrich-Löffler-Institut mit 10 Millionen Euro Forschungsgeldern ausgestattet, um Licht in das Dunkel zu bringen. Bisher allerdings machen die Aussagen der Forscher den Eindruck, als wisse man noch gar nicht, wonach genau bei den Zugvögeln gesucht wird.

In der Öffentlichkeit und den Medien – so der Eindruck – flaut das Interesse an der Vogelgrippe ab. Ob das auf die Schnellebigkeit der Gesellschaft zurückzuführen ist oder darauf, dass seit über zwei Wochen keine neuen Fälle von infizierten Wildvögeln mehr gemeldet wurden, bleibt unklar.

### Ausnahme als Zustand

Für die Geflügelhalter bleibt ein scharfer Nachgeschmack. Waren die Ängste und Befürchtungen in diesem Ausmaß gerechtfertigt? War die Aufstallungsverordnung mehr als das politische Signal eines Ministers „Ich habe alles im Griff“? Im besten Fall hat die Verordnung in den Betrieben zu Mehrarbeit geführt, im schlimmsten Fall ist die Zukunft gefährdet, weil der in der Nähe liegende See auch in Zukunft die Freilandhaltung verhindert. Denn die Aufstallungsverordnung ist nach wie vor in Kraft, auch wenn sie in der letzten Version den Ländern und Kreisen ermöglicht, Ausnahmen zu genehmigen. Voraussetzung ist, dass keine Rastplätze von Wasservögeln, große Seen oder Flüsse in der Nähe sind. Selbstverständlich dürfen die Betriebe auch nicht in der Nähe von Fundorten infizierter Vögel liegen. Ausgenommen sind auch Regionen, in denen die Geflügeldichte über 183.000 Tieren in einem Radius von drei Kilometer liegt.

Die Länder haben versucht, unbürokratisch all die Gebiete auszuweisen, in denen die Freilandhaltung erlaubt ist. In Bayern müssen die Halter bisher nur mit dem zuständigen Veterinär telefonieren und bekommen eine mündliche Genehmigung, was den Halter in der Unsicherheit belässt, ob sich der Veterinär im Ernstfall noch an seine telefoni-

sche Auskunft erinnert. In anderen Kreisen sind die Bezirke anhand von Straßen und Flüssen eingegrenzt. Die Umsetzung der Erleichterungen erfolgte unmittelbar nachdem diese vom Bundesministerium (BMELV) verabschiedet wurden. Die Länder waren offenbar sehr bemüht, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um die Freilandhaltung wieder zu genehmigen.

### Symbolische Befreiung

Der wachsende Unmut seitens der Halter war hieran wohl nicht ganz unschuldig. So rief ein Betrieb im schwäbischen Bad Waldsee zur gemeinsamen Demonstration unter dem Titel „Hühner sofort wieder ins Freiland“ auf. Nachdem die zuständige Behörde im Vorfeld mit juristischen Schritten und einer Sicherung der Hühner durch die Polizei gedroht hatte, erteilte sie im letzten Mo-

ment die Genehmigung. Am Tag der Geflügelbefreiung kamen trotzdem vierhundert „Demonstranten“ auf den Freilandhühnerhof. Vom Veranstalter wird dies als ein Zeichen der Verbraucher gewertet, die trotz des enormen medialen Aufklärungs- und Bedrohungsbombardements nicht in Panik verfallen sind. Dennoch, der Absatz von Geflügelfleisch ist im ersten Quartal diesen Jahres um ca. 17 Prozent zurückgegangen. Vergleicht man dies allerdings mit den Verbraucherreaktionen in Italien und Griechenland, wo 80 Prozent des Geflügels keinen Käufer mehr fand, kann man die Reaktionen der deutschen Verbraucher durchaus als besonnen bezeichnen.

### Verbands-Interessen

Eine ganz eigene Rolle spielte der Zentralverband Deutscher Geflügelhalter.

Noch vor dem ersten Fund in Deutschland machte der Verband auf die drohenden Umsatzeinbußen aufmerksam und forderte eine finanzielle Unterstützung der Betroffenen. Im März bezifferte er den entstandenen Schaden auf 150 Millionen Euro. Im April setzte sich der Verband bei den Agrarministern der Länder für eine Verschärfung der Aufstallungsverordnung ein, indem er forderte, die einzelfallbezogenen Ausnahmegenehmigungen, wie z.B. für Gänse, zu streichen. Auch sprach er sich dafür aus, die Verlängerung der Stallpflicht sorgfältig zu prüfen.

Im Vorfeld der mittlerweile getroffenen Entscheidung zur Legehennenverordnung (Stichwort Käfigverbot) haben derartige Empfehlungen auch politischen Charakter. Ein Freilandhalter aus Nordhessen formuliert dann auch, was viele Andere denken: „Die Käfigbefür-

worter haben die Vogelgrippe für ihre Lobbyzwecke genutzt und klammheimlich ihre Interessen bei der Abstimmung zur Legehennen-Verordnung am 10. Mai durchgesetzt. Ausgestaltete Käfige wurden zugelassen und das Verbot bisheriger Käfige, zwei Jahre Übergangsfrist mit eingerechnet, bis 2009 hinausgeschoben.“

### Bald ist wieder Herbst

Für die Freilandhalter bleibt viel Ungewissheit. Der Sommer scheint aus Sicht des Freilandgeflügels vorerst gerettet zu sein. Es sind wenige Monate, in denen dringend geklärt werden müsste, auf welchem Weg sich der Erreger tatsächlich verbreitet. Ansonsten steht zu befürchten, dass spätestens mit Beginn des Vogelzugs im Herbst die Hühner wieder in die Ställe müssen, schuldig oder nicht.

mn

## Schäden und Entschädigung

Welche Auswirkung hat die Vogelgrippe auf die Vermarktung von Eiern und Geflügel?

Wie sehen sie von der Bundesregierung angekündigten Unterstützungen aus?

Für die Geflügelbranche ist die Vogelgrippe eine Belastungsprobe. Die von der ZMP erfassten Absatzzahlen zeigen, dass von Privathaushalten in den ersten drei Monaten diesen Jahres zwischen 17 und 18 Prozent weniger Geflügelfleisch gekauft wurde als im Vorjahr. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft gab den Schaden für die gesamte Branche mit 150 Mio. Euro an, nähere Angaben zur Verteilungen der Schadenssumme auf die einzelnen Bereiche wollte der Verband allerdings nicht machen.

Da die Bedrohung durch die Vogelgrippe seit längerer Zeit bekannt war, hatten die Marktbeteiligten Konzepte zur Schadensbegrenzung entwickelt. Schon frühzeitig wurde die Produktion gedrosselt. Vor allem wurden Bruteier vernichtet, um die Zahl der Masttiere zu drosseln. Dies führte dazu, dass Mäster einzelne Durchgänge schlicht ausfallen lassen mussten. Die Geflügelschlächtereien froren große Mengen der Produktion ein, um das durch die gedrosselte Nachfrage entstandene Überangebot abzuschöpfen.

### Eier- und Gänseproduzenten ganz unterschiedlich betroffen

Bei Eiern fiel der Umsatzrückgang deutlich geringer aus als befürchtet. Aufgrund einer Ausnahmeregelung der EU konnten Freilandhalter ihre Ware trotz Aufstallung auch weiterhin als Freiland Eier vermarkten. Vor allem Betriebe mit Direktvermarktung und festen Abnahmestrukturen hatten wenig Absatzprobleme. Betriebswirtschaftlich schlugen allerdings bei den von der Aufstallungs-

verordnung betroffenen Betrieben erhöhte Futterkosten zu Buche. Auch steigt der Betreuungsaufwand deutlich, da die Tiere beschäftigt werden müssen damit es nicht zu Verletzungen kommt. Von den Geflügelhaltern sind die Enten- und vor allem die Gänsehalter die am stärksten Betroffenen. Gänsehaltung ist in Ställen nicht vorstellbar. Aufgrund der starken Saisonalität – es gibt einen Durchgang pro Jahr, wobei die Vermarktung der Jungtiere im Frühjahr stattfindet – fehlen hier bisher schon die Einnahmen eines ganzen Jahres. Vor dem Hintergrund der unklaren Entwicklungen im kommenden Herbst und Winter werden viele Gänsebetriebe genau abwägen, ob sich das Risiko lohnt, im kommenden Frühjahr erneut mit einer Aufstallungspflicht konfrontiert zu sein.

### Entschädigungen

Von Seiten der Politik wurde schon frühzeitig, zu einem Zeitpunkt, an dem das Ausmaß der Umsatzeinbußen noch gar nicht bekannt war, eine Unterstützung der Geflügelbranche angekündigt. Vereinzelt gab es Maßnahmen auf Länderebene. In Nordrhein-Westfalen wurden 150.000 Junghennen aufgekauft und gekeult, um nicht vermarktungsfähige Kapazitäten abzubauen. Die Halter wurde mit 1,85 Euro entschädigt. Bei einer regulären Vermarktung liegt die Preiserwartung ca. bei 3,50 Euro.

Neben den vereinzelt Maßnahmen auf Länderebene soll es auch eine bundesweite Unterstützung der Branche geben. Im Rahmen der europäischen Regelung des Geflügelsektors geht dies allerdings nicht ohne Zustimmung der EU. Mit dem Beschluss des Rates

der EU-Agrarminister vom 25. April wurde den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben, Beihilfen an die von der Vogelgrippe Betroffenen zu zahlen. Gleichzeitig wurde eine Kofinanzierung von 50 Prozent durch die EU beschlossen.

Darauf aufbauend hat die Bundesregierung in den letzten Wochen ein Förderprogramm erstellt, welches der EU zur Prüfung vorliegt. Nach Einschätzung des BMELV sollen nur Gänse- und Freilandhalter unterstützt werden. Die Umsatzrückgänge bei Geflügelfleisch seien im Rahmen des unternehmerischen Risikos. Geplant ist ein Aufkauf von ca. 1 Mio. Stück für die Freilandhaltung gezüchtetes Junggeflügel. Bei Gänsen sollen 1,5 Mio. Bruteiern aufgekauft werden, etwa zwei Drittel der Jahresproduktion. Darüber hinaus soll angeboten werden, ca. die Hälfte aller Gänseeltern Tiere, maximal 40.000 Stück, aufzukaufen. Bei den Preisen hat sich das BMELV an den Vorgaben der Tierseuchenkasse orientiert. Für die Höhe der Entschädigung je Tier würde dies bedeuten, dass die Auszahlung nah am „gemeinen Wert“, also dem tatsächlichen Verkaufspreis liegt.

Das deutsche Programm umfasst eine Summe von ca. 10 Millionen Euro. Am 20. Mai wurde es bei der EU eingereicht. Mit einer Entscheidung wird aber nicht vor dem 21. Juni gerechnet. Wie lange es dauert, bis die dann bewilligten Gelder bei den Betroffenen ankommen, kann derzeit noch niemand sagen.



Gänse hatten im Dauerstall besonders zu leiden.

## Marktmacht der Schweinemäster

„Wenn wir angesichts der Konzentration der Schlachtbranche nicht unter die Räder kommen wollen, müssen wir Erzeuger jetzt am Drücker bleiben und unsere Vermarktungsstrukturen massiv verbessern!“ Mit diesem Zitat eines Schweinemästers berichtet *top agrar* über den zunehmenden Druck der immer größeren Schlachtkonzerne auf die Schweinepreise. Das Trio Vion, Tönnies und Westfleisch gibt danach den Preis-Ton an; viele kleinere Schlachterunternehmen orientieren sich an ihnen, wenn die Großen gegenüber den Erzeugern die Muskeln spielen lassen. Nur einige wenige Erzeugergemeinschaften waren bisher damit erfolgreich, sich von diesem Druck mit eigenen Markenfleischprogrammen zu befreien. Das Discount- und Massengeschäft mit preisgünstiger Ware und Handelsmarken erfordert große einheitliche Partien und kurzfristige Lieferung. Der bisher vor allem vom Bauernverband und Genossenschaften gepriesene Weg der „vertikalen Integration“ (Vertragsbindung an Schlachtereien) ist vielen Bauern mittlerweile suspekt, zumal etliche Wissenschaftler den Weg der „horizontalen Integration“ (Angebotsbündelung der Landwirte gegenüber den Schlachtereien) für vorteilhafter erachten. *en*

## Smithfield verstärkt Europageschäft

Der weltweit aktive US-Fleischkonzern Smithfield Foods Inc. mit Sitz in Smithfield/Virginia will die europäische Fleischsparte des US-Lebensmittelherstellers Sara Lee Corporation, Chicago, kaufen. Laut *Ernährungsdienst* hat die europäische Fleischsparte von Sara Lee mit Sitz im niederländischen Hoofddorp 2005 einen Umsatz von 1,1 Mrd. US-\$ erzielt. Hauptmärkte von Sara Lee sind Frankreich, Portugal und die Benelux-Länder. Vertretungen gibt es auch in Deutschland, Italien und Großbritannien. Smithfield wolle mit dieser Übernahme das westeuropäische Geschäft ausbauen – insbesondere in Frankreich. Smithfield, in den USA größter Schweinefleischproduzent, hat bereits 2004 einige Unternehmen in Polen (Morliny), Rumänien (Agrotorvis), Frankreich (Jean Caby) übernommen und 2003 auch in Großbritannien Fuß gefasst. In Osteuropa soll Rumänien zu einem neuen Schwerpunkt des Konzerns werden. Der Gesamtumsatz von Smithfield beträgt 11 Mrd. US-\$, davon 1 Mrd. US-\$ im Ausland. *pm*

## Schweinehaltung für Biogas

Große Schweinemastanlagen möchte niemand haben. In Ostdeutschland werden aber immer wieder Projekte mit gigantischen Dimensionen geplant. In Alt Tellin, Mecklenburg-Vorpommern, soll nun eine Anlage mit 10.000 Muttertieren entstehen. Seit dem Ende der DDR gibt es keine Anlagen dieser Dimension mehr. Direkt angeschlossen werden soll eine Biogasanlage. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) beobachtet immer öfter, dass Unternehmen durch eine derartige Kopplung und die Aussicht auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen versuchen, die Gemeindevertreter für sich zu gewinnen. Umweltminister Mehling (PDS) hat sich Anlagen dieser Größenordnung gegenüber skeptisch geäußert und verweist auf Probleme bei der Tiergesundheit und beim Tierschutz. Der Gemeinderat hat seine Zustimmung schon gegeben. Die endgültige Entscheidung trifft aber das für die Genehmigung zuständige staatliche Amt für Natur und Umwelt. Eine Bürgerinitiative vor Ort entsteht gerade. *mn*

## Gen-Gerste in Gießen

Die Universität Gießen hat in diesem Frühjahr erstmalig gentechnisch veränderte Gerste ausgesät. In dem Projekt soll erforscht werden, welche Auswirkungen die beiden pilzresistenten Gerstenlinien auf die im Boden vorkommenden nützlichen Pilze wie z.B. die Mykorrhiza haben. Neben der Pilzresistenz verfügt eine der Linien laut Auskunft der Wissenschaftler über eine verbesserte Futterqualität, während die andere verbesserte Braueigenschaften aufweisen soll. *mn*

## Rapsfreisetzung

Nachdem im vergangenen Jahr auf dem Standort Groß-Lüsewitz (Mecklenburg-Vorpommern) Auskreuzungsversuche mit erucasäurehaltigem Raps durchgeführt wurden, hat der Verein FINAP, ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Vertretern von Biotechnologie-Firmen, in diesem Jahr vor, Auskreuzungsversuche mit einer transgenen Rapsorte zu wiederholen. Umwelt- und Verbraucherschützer forderten die Initiatoren auf, auf den Versuch zu verzichten. Sie verweisen darauf, dass Raps wegen der bis zu 15jährigen Keimfähigkeit der Samen und der vielen Kreuzungspartner nicht koexistenzfähig sei. In unmittelbarer Nachbarschaft des Versuchsfelds befinden sich mehrere Bio-Betriebe sowie ein Naturschutzgebiet. *mn*

Kurzes am Rande

## Schweinepest-Bekämpfung fragwürdig

Alternativen gesucht. NRW-Ministerium in der Kritik

Rund 100.000 Schweine sind in NRW seit März zur Bekämpfung der Schweinepest getötet worden. Bei den Schweinebauern und Landfrauen in den betroffenen Kreisen des Münsterlandes formiert sich Unmut über die Bekämpfungsstrategie. Sie wenden sich an die Politik in Land, Bund und EU. Sie kritisieren, dass immer noch das Töten und die anschließende Vernichtung der infizierten wie auch der nicht infizierten Tiere durchgezogen wird. Dabei ist ein Impfstoff entwickelt und zugelassen, der auch so markiert ist, dass infizierte Tier von gesunden geimpften Tieren unterschieden werden können. Weil aber die Anwendung verboten ist, stellt die Pharmaindustrie ihn nicht her. Geblockt wird vor

allem von der Fleischwirtschaft: Sie fürchtet, bei Anwendung der Impfung Exportmärkte zu verlieren. Es sind die gleichen Debatten wie bei jedem Seuchenzug. Geändert hat sich nichts.

Bisher kaum öffentlich geworden ist eine weitere Kritik am NRW-Ministerium. Dieses hat in den letzten Monaten immer wieder behauptet, die Seuche im Griff zu haben, und dann gab es wieder einen neuen Fall. Berlin und Brüssel waren von Düsseldorfs Erklärungen und Informationspolitik wenig überzeugt und setzten NRW unter Druck. Insgesamt war das keine Ganzleistung. Ausbaden müssen es die Schweinebauern.

*uj*

## Bayern brauchen Gentechnik nicht

Eindeutige Erklärung der Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbands und ein Interview des CSU-Generalsekretärs

Die Basis des Bauernverbandes macht Druck. In Bayern haben Anfang Mai die Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes eine Erklärung durchgesetzt, in der sie eine „kommerzielle Nutzung der Gentechnik“ derzeit ablehnen. Zu den zentralen Forderungen zählt die Saatgutreinheit. Die Bauernobmänner setzen sich für einen Grenzwert von 0,1 Prozent zufälliger und technisch unvermeidbarer Verunreinigungen im Saatgut ein.

Die weitere Erforschung gentechnisch veränderter Pflanzen müsse auf wenige Standorte begrenzt werden. Zentrale Fragen der Forschung sollten neben Langzeitfütterungen vor allem die Auswirkungen der Gentechnik auf das Ökosystem sein.

Im Bezug auf den für kommenden Monat angekündigten Entwurf des BMELV zur guten fachlichen Praxis weisen die Bauern darauf hin, dass auf Gentechnik verzichtende Landwirte auch im Falle von extremen Wetterperioden wie Sturm oder extremer Trockenheit durch ausreichend große Abstände vor Auskreuzung zu schützen seien. Des weiteren fordern sie einen legislativen Rahmen für gentechnikfreie Zonen und sind damit auf einer Linie mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionschef im Bundestag Ulrich Kelber, der forderte, dass ganze Landkreise das Recht bekommen müssten, sich gentechnikfrei zu erklären.

Besonders betont wird, dass dem Maiszüchter durch eine gezielte Fruchtfolge und ackerbauliche Maßnahmen begegnet wer-

den kann. Die derzeit im Gentechnik-Gesetz festgeschriebene Haftungsregelung möchten die Bauernvertreter beibehalten sehen.

Die bayerischen Kreisbauernobmänner stehen mit ihren Forderungen keineswegs allein. Auch der CSU-Generalsekretär Markus Söder formulierte in einem Interview sein klares „Nein zur ausschließlichen Kommerzialisierung“. Freilandversuche seien ein Problem, „solange nicht absehbar ist, wie diese langfristig das Ökosystem beeinflussen“, sagte Söder. Das hindert zwar das Bayerische Ministerium nicht

daran, seine Freilandversuche mit Genmais auf insgesamt etwa vier Hektar Ackerland fortzusetzen. Die Versuchsflächen befinden sich ausschließlich auf staatlichen Gütern. Aber anlässlich der in

Groß-Lüsewitz geplanten Versuche mit gentechnisch verändertem Raps sind Söders Äußerungen wichtig.

Die Signale aus der Heimat des Bundeslandwirtschaftsministers sind deutlich. Auch aus seinem eigenen Wahlkreis Ingolstadt-Eichstätt, wo die Bauern ihre gentechnikfreie Zone „unbefristet verlängert“ haben, weil die „Agrogentechnik wegen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Risiken abzulehnen“ sei.

*mn*

Die BBV-Erklärung im Internet:  
[www.abl-ev.de/gentechnik/politik](http://www.abl-ev.de/gentechnik/politik)



## Züchter nicht in bester Stimmung

Auf der BDP-Mitgliederversammlung fordern Pflanzzüchter ein „Ja“ zur Gentechnik

Vor einem Jahr wäre es ihm viel schwerer gefallen, hier diese Rede zu halten. Mit diesem Bekenntnis gab der Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Jörg Wendisch, der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes deutscher Pflanzzüchter (BDP) zu verstehen, dass er doch mit seinen Vorstellungen zur



Er kam nicht selbst zu den Züchtern. Abteilungsleiter Wendisch sprach für ihn. Foto: Jasper

Zukunft der deutschen Pflanzzüchtung eigentlich immer schon auf der Seite des BDP gewesen sei. Vor einem Jahr, unter der grünen Ministerin, hätte er vielleicht nicht gesagt, dass er persönlich der Gentechnik sehr nahe steht. Heute nun, unter einem schwarzen Minister, kann ihm das Herz leichter sein. Kann es das wirklich? – Angesichts der Stimmung im Saal unter den zur BDP-Mitgliederversammlung nach Lüneburg gereisten rund 150 Pflanzzüchtern war das zu bezweifeln.

Denn Enttäuschung und Frust herrschen vor, hat doch der neue Minister längst nicht so eindeutig das Ruder in die andere Richtung herumerissen, wie es das hier versammelte Klientel gern gesehen hätte. Der Ministerielle Wendisch versuchte deshalb, um Verständnis dafür zu werben, dass der Minister als Politiker, der er ja nun mal ist, nur die Kunst des Möglichen betreiben kann und natürlich auf Stimmen der Wähler schauen und hören muss. Und die sprechen sich nach wie vor in ihrer Mehrheit gegen die Agro-Gentechnik aus.

Bei allen Bekenntnissen zu mehr Forschung und Entwicklung, zu Bio- und Gentechnologie, die Merkel, Seehofer und hier auch Wendisch ablegen, betonen sie alle stets, dass die Akzeptanz der umstrittenen Technologie verbessert werden muss. Dafür versprach Abteilungsleiter Wendisch den Pflanzzüchtern in Lüneburg sogar den Einsatz öffentlicher Mittel – Meinungsmache als Bildungsauftrag. Dr. Wendisch erläuterte auch, dass man im Ministerium

derzeit damit beschäftigt sei, das Gentechnik-Gesetz dahingehend zu ändern, dass „Forschung und Anwendung befördert werden“. Ziel aller Bemühungen des Ministeriums sei es, die Rahmenbedingungen für die Pflanzzüchtung zu erweitern.

### Saatgut-Schwellenwert

Einige der anwesenden Pflanzzüchter hätten das gern etwas konkreter gehabt, zum Beispiel in Bezug auf den Schwellenwert für eine gentechnische Verunreinigung beim Saatgut. Sie wünschen sich eine nationale Festlegung, wenn sich die EU-Kommission weiterhin mit einer europäischen Lösung so schwer tut wie bisher. Ein Saatgutschwellenwert sei für ein Koexistenz-Konzept unabdingbar, betonte Ferdinand Schmitz, BDP-Geschäftsführer.

Der Minister sei da noch im Meinungsbildungsprozess, ließ Wendisch verlauten, man frage sich, ob zum derzeitigen Zeitpunkt die Festlegung eines Schwellenwertes unter Berücksichtigung der Akzeptanzsituation sinnvoll sei. Daraufhin entspann sich eine Diskussion, in der sehr deutlich wurde, dass die Pflanzzüchter mehr Tempo in der Entwicklung und „ein klares Bekenntnis von Seehofer zur Gentechnik“ wollen. Wendisch musste – ob er wollte oder nicht – als Bremser fungieren und immer wieder auf den „Kern des Problems: die Ablehnung der Mehrheit der Bevölkerung“ verweisen. Forschungsmilliarden und Stimmungsmache sollen zukünftig endlich den Weg bereiten.

### Nachbau unbefriedigend

War die Gentechnik das dominierende Thema auf der BDP-Versammlung, so blieb dennoch Raum für einen weiteren Bereich, der den Pflanzzüchtern Frust bereitet: die Nachbauregelung. In seinen einleitenden Worten hatte schon der BDP-Vorsitzende Kartz von Karmeke konstatiert, dass die Züchtung eine Stärkung des geistigen Eigentums brauche. Die Schlupflöcher im Nachbau müssten geschlossen werden und der Züchtungsfortschritt müsse auf alle Schultern verteilt werden, um zu verhindern, dass die ehrlichen Bauern am Ende die Dummen seien.

Auch Wendisch bezeichnete die Situation als unbefriedigend. Deshalb habe es ja auch schon Gespräche zwischen Ministerium und BDP gegeben. Wendisch betonte, es sei klar, dass man das Sortenschutzgesetz ändern und die Auskunftspflicht erweitern müsse. Man wolle da noch im Sommer zu

Ergebnissen kommen. Was Bäuerinnen und Bauern dazu denken, war bei den Züchtern noch kein Thema.

Claudia Schievelbein



So wird für Gen-Mais geworben.

Foto: Jasper

## Bauer haftet

Wörtlich steht in der Haftungsklausel: „Der Landwirt wurde aufgeklärt darüber, dass Einträge in Nachbarfelder zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen derselben und dort erzeugter Produkte zur Folge haben können. Daraus resultierende etwaige Ansprüche der Nachbarn sollen hingegen durch die Einhaltung der in diesem Vertrag geregelten Guten fachlichen Praxis vermieden werden. Der Händler haftet lediglich für den vertragsgemäßen Zustand des verkauften YieldGard-Maissaatgutes, nicht aber für wirtschaftliche Nachteile oder Schäden, die dem Landwirt oder Dritten trotz Einhaltung der Vorsorgepflichten entstehen.“

Diese Haftungsklausel hat unterschrieben, wer dieses Jahr für Monsanto gentechnisch verändertes Maissaatgut ausgesät hat. Damit sind der Konzern wie auch der jeweilige Händler aus jeglicher Verantwortung raus (siehe auch Seite 17). cs



### Nur Platz für vier

In Europa gibt es zukünftig nur Platz für vier wettbewerbsfähige Getreidezüchter. Zu dieser Erkenntnis kommt der designierte neue Geschäftsführer der Lochow-Petkus GmbH, Jürgen Leitzke. Er kündigte gleichzeitig an, dass sein neuer Arbeitgeber einer der Vier sein will. Nur mit einem Marktanteil von rund 25 % werde man genug Geld verdienen, um ausreichend in die Züchtung investieren zu können. In Großbritannien gäbe es bereits so eine Situation, so Leitzke. In Deutschland hält Lochow-Petkus derzeit einen Marktanteil in den Hauptgetreidearten von 24 %, den Rest teilen sich allerdings (noch) ein paar mehr als nur drei Mitbewerber.

# Monsanto, Verträge und abhängige Bauern

Auf einer Vortragsreihe durch Deutschland berichtet Percy Schmeiser von der Brisanz des gentechnischen Anbaus in Kanada

Können lebende Organismen wie Gene, Samen oder auch menschliche Organe einem Unternehmen gehören und deren geistiges Eigentum sein? Können Bauern Schutz vor Einträgen aus gentechnisch veränderten Pflanzen verlangen, wenn sie konventionell oder biologisch wirtschaften wollen? Können Bauern ihr altes Recht behalten, Saatgut von Jahr zu Jahr zu vermehren und wieder zu verwenden? Diese Fragen stellte 2004 auch der kanadische Bauer, Saatgutzüchter und -vermehrer Percy Schmeiser, als er vor dem Obersten Gerichtshof in Kanada hauptsächlich erreichen wollte, sein eigenes Saatgut wieder aussäen und weiter verwenden zu dürfen. Das Oberste Gericht sprach Schmeiser zwar frei von den Schadensersatzforderungen des Gentechnik-Konzerns Monsanto, aber es bestätigte grundsätzlich die Patentansprüche: Das Unternehmen habe das Recht, Gene zu patentieren und Pflanzen mit patentierten Genen gehen in das Eigentum von Monsanto über. Dabei ist egal, wie die Gene in die Pflanzen gelangt sind, egal ob konventionelle oder ökologische Flächen betroffen sind. „Das Eigentumsrecht geht weg vom Landwirt hin zu den Saatgutherstellern“, kommentierte Schmeiser. 2005 reichte Percy Schmeiser Gegenklage gegen Monsanto ein, wegen Umweltverschmutzung und Zerstörung seiner Saatgutzüchtung, in der 50 Jahre Forschung und Entwicklung stecken.

## Durchhalten vor Gericht

1998 verklagte der Monsanto-Konzern Percy Schmeiser, er habe widerrechtlich gentechnisch verändertes patentiertes Saatgut angebaut – der Ernteprofit sollte an Monsanto gehen, außerdem wollte das Unternehmen Lizenzgebühren kassieren. Sechs Jahre wehrte sich Schmeiser. Bevor der Oberste Gerichtshof Schmeiser 2004 entlastete, verurteilten ihn zwei Gerichte zu Schadensersatz in Höhe von 100.000 Euro. Wo das enden wird und was ein Unternehmen aufgrund des Patentrechts noch alles besitzen und damit kontrollieren kann, fragt Schmeiser: „vielleicht ein Insekt, eine Pflanze, ein Tier, irgendwann vielleicht auch mal ein menschliches Organ oder einen ganzen Menschen? Wem gehört das Leben?“ Er ist überzeugt, dass die Problematik von Patenten auf Leben erneut im Parlament behandelt werden muss.

Zudem hat Percy Schmeiser vor dem UN-Ausschuss für Menschenrechte in Genf Klage gegen die kanadische Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen durch die Gentechnik in der kanadischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion erhoben. Am ersten Mai reiste er zur

mündlichen Anhörung nach Genf. Im Anschluss machte er in vielen Orten von Baden-Württemberg bis Brandenburg Station, um von den Erfahrungen der kanadischen Bauern mit der Gentechnik und über die Folgen dieser Technologie zu berichten.

## Leere Industrie-Versprechen

Percy Schmeiser blickt auf den gentechnischen Anbau seit 1996 zurück. Von den Versprechen der Industrie: höhere Ernte, weniger Chemie, höherer Nährwert und nachhaltigere Landwirtschaft habe sich keines bestätigt. Die Erträge der kanadischen Bauern gingen bei gentechnischer Soja bis zu 15 Prozent und bei gentechnischem Raps bis zu 7 Prozent zurück. Bei Raps sind die Erträge zudem teilweise von ge-

verweist auf die Technologieverträge, die Unternehmen wie Monsanto mit Bauern abschließen. Er nennt sie „Knebelverträge“, die den Farmern alle Rechte nehmen. Ein Vertrag von Monsanto zu Roundup Ready Raps von 2005 verbietet den Bauern, Nachbau zu betreiben, er verlangt, dass sie das Roundup-Herbizid im Paket mit ihrem Saatgut kaufen. Die Bauern müssen zustimmen, dass Monsanto nach Anwendung des GV-Saatguts drei Jahre lang alle Felder und Lagerbehälter kontrollieren darf und Einsicht in die Buchführung bekommt. Bei Vertragsverletzungen verpflichten sich Bauern zu Schadensersatzzahlungen in Höhe von 15 Dollar je Acre (0,4 ha). Die Bauern unterliegen der Schweigepflicht, sie dürfen nicht von ihren Erfahrungen berichten.



Percy Schmeiser

Foto: John Chater

ringerer Qualität. Für die Produktion müssen insbesondere in anderen Kulturen wie Weizen, Gerste oder Hafer mehr Pestizide – zum Teil die dreifache Menge – eingesetzt werden. Denn Rapspflanzen entwickeln sich in manchen Beständen zu einem „Superunkraut“, weil sie aufgrund von Auskreuzung mittlerweile gegen drei Herbizide gleichzeitig resistent sind.

Das Einkommen der Bauern ist stark zurückgegangen, kanadischer Raps sei in vielen Ländern nicht mehr absetzbar. Durch die flächendeckende Kontamination gibt es bei Raps und Soja keine Wahlfreiheit mehr – sämtliches Saatgut ist kontaminiert. Biologisches Soja und Raps können nicht mehr angebaut werden. Von Exportverlusten ist auch die Honigindustrie betroffen, da es kaum noch Honig gibt, der nicht mit GVO verunreinigt ist.

## Bauern verlieren Rechte

Wesentliches Thema für Schmeiser ist, dass die Bauern im Zuge der Agro-Gentechnik ihre Rechte verlieren und ihr eigenes Saatgut nicht mehr anbauen können. Schmeiser

Zudem wirbt Monsanto auch noch dafür, dass Bauern einander anzeigen, wenn sie vermuten, dass Einer nachbaut. Hierzu ist eigens eine Hotline eingerichtet worden. Auf diese Weise sei das Vertrauen innerhalb der Bauern zusammengebrochen. Percy Schmeiser erklärt: „Es herrscht eine Kultur der Angst.“

## Widerstand in Kanada

In Kanada sollten nach Soja, Raps und Mais in den vergangenen zwei Jahren gentechnisch veränderter Reis, Weizen und Flachs eingeführt werden. Die Einführung scheiterte am Widerstand der Bauern und Bäuerinnen. „Die Bauern merken langsam, dass sie betrogen wurden. Sind die gentechnisch veränderten Pflanzen erst einmal eingeführt, gibt es kein Zurück mehr. Das Einzige, was wir tun können, ist den Anbau neuer Pflanzen zu verhindern“, sagt Schmeiser, und er fragt sich: „Warum soll die EU anfangen, Gentechnik anzubauen, wenn Kanada dabei ist, es zu stoppen?“

Siegfried Herbst, Annemarie Volling

## Schon wieder

3.000 Säcke gentechnisch verunreinigtes Maissaatgut, ausreichend für ca. 735 Hektar, hat die Raiffeisen-Zentralgenossenschaft (ZG) in Karlsruhe zurückgerufen. Laut ZG kam es zu dem Versehen, weil das Saatgut ausgeliefert wurde, bevor die Analyseergebnisse vorlagen. In den letzten Jahren war es immer wieder zur Auslieferung gentechnisch verunreinigten Saatgut gekommen, welches – anders als in diesem Fall – zum Teil sogar ausgesät wurde.

mn



## Der Monsanto-Vertrag – Lupe lohnt sich

Bislang mussten Bauern beim Kauf von Saatgut keine Verträge unterschreiben. Anders ist dies bei Monsanto's Genmais. Nur wer einen Vertrag schließt und damit weitreichende Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen eingeht kann das Saatgut kaufen

Doch wer denkt, dass man den Vertrag direkt mit dem Saatgutmulti abschließt, liegt falsch. Vertragspartner ist der Saatguthändler. Sollte es zu Streitigkeiten kommen, könnte es allerdings schwer werden, einen Verantwortlichen zu finden. Laut Vertrag haftet der Händler nämlich „lediglich für den vertragsgemäßen Zustand des verkauften Genmais-Saatgutes, nicht aber für die wirtschaftlichen Nachteile oder Schäden, die dem Landwirt oder Dritten trotz Einhaltung der Vorsorgepflichten entstehen“, so die Monsanto-Vereinbarung, die der AbL vorliegt. Mit dem Vertrag will Monsanto die gesamte Verantwortung auf den Händler und von diesem auf den Landwirt abwälzen. Denn hinsichtlich der Haftung für Schäden auf Nachbarfeldern muss der gentechnikanbauende Landwirt einspringen: „Der Landwirt wurde aufgeklärt darüber, dass Einträge in Nachbarfelder zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen derselben und dort erzeugter Produkte zur Folge haben können. Daraus resultierende etwaige Ansprüche der Nachbarn sollen hingegen durch die Einhaltung der in diesem Vertrag geregelten Guten fachlichen Praxis (GfP) vermieden werden“, so der Vertrag wörtlich. Dem Gentechnik-Anbauer wird so suggeriert, dass ihm dann, wenn er die Gute fachliche Praxis einhält, keine Schadensersatzansprüche drohen. Sollte dies aber doch der Fall sein, sind sowohl Monsanto als auch der Händler draußen – haften muss allein der Genmais-Anbauer.

### Bauern informelle Mitarbeiter?

Der Landwirt übernimmt aber nicht nur die Verantwortung für mögliche Auskreuzungen, er verpflichtet sich auch zur aktiven Mitarbeit für die Interessen Monsanto: „Der Landwirt wird dem Händler einen Monat nach der Aussaat den Namen und die Adresse derjenigen Bewirtschafter mitteilen, die in einem Feldrandabstand nicht weiter als 100 m zu seiner/seinen Gen-Mais-Anbauflächen konventionellen Mais anbauen... und den Händler einen Monat vor der Körnermais-ernte nochmals diesbezüglich über den aktuellen Sachstand informieren.“ Diese Auflage, die Daten der Körnermais-anbauenden Nachbarn weiterzugeben, ist auch aus rechtlicher Sicht höchst zweifelhaft.

Der Händler wiederum hat sich Monsanto gegenüber verpflichtet, „sämtliche an den Händler übermittelten Informationen in Zusammenhang mit dem Anbau von Gen-Mais an die Monsanto Agrar Deutschland GmbH als Technologie- und Sorteninhaber“ zu übermitteln.

Schlechte Erfahrungen bei der Nachbauseinandersetzung zeigen, welche rechtlichen Auswirkungen das Weiterreichen von Daten haben kann. Wird der Genmais-Anbauer zum informellen Mitarbeiter Monsanto? Was würden die Nachbarn



wohl sagen, wenn sie von der Bespitzelung wüssten?

### Weitreichende Verpflichtungen

Mit der Aussaat und Ernte ist es nicht genug: „Soweit anbaubegleitende Maßnahmen erforderlich sein sollten, wird der Landwirt mit Mitarbeitern der Monsanto Agrar Deutschland GmbH oder beauftragten Dritten kooperieren, so dass den Anforderungen genügt werden kann. Falls andere Anforderungen im Hinblick auf den Umgang mit Gen-Mais gesetzlich vorgeschrieben (z. Bsp. Verordnung zur Guten fachlichen Praxis) oder von der Monsanto Agrar Deutschland GmbH als erforderlich erachtet werden sollten, wird der Landwirt dafür Sorge tragen, den fachlichen, persönlichen und sachlichen Anforderungen gerecht zu werden.“

Diese Formulierungen sind höchst unbestimmt. Es bleibt völlig im Dunkeln, zu was sich der Landwirt verpflichtet. Wann und vor allem warum sind anbaubegleitende Maßnahmen erforderlich? Um welche Maßnahmen handelt es sich? Mit wem muss der Landwirt dann kooperieren?

### Haftung – Monsanto bleibt außen vor

Das zentrale Problem der Agrogentechnik ist die Kontamination gentechnikfreier Bestände und Ernten. Im Moment erarbeitet das Bundesministerium eine Verordnung

zur Guten fachlichen Praxis, die den Umgang mit Kontaminationsfällen regeln soll. Bis dahin, so schreibt es das Gentechnikgesetz vor, müssen die Unternehmen Regeln zur guten fachlichen Praxis aufstellen. Monsanto tut dies im Internet ([www.monsanto.de/biotechnologie/gute\\_f\\_praxis.php](http://www.monsanto.de/biotechnologie/gute_f_praxis.php)). In seinen Anbauregeln unterlässt es Monsanto jedoch, Hinweise über gesonderte Vorsichtsmaßnahmen beim Umgang mit GVO-Saatgut zu nennen. Für die Ernte wird lediglich „empfohlen“, konventionelle Schläge separat zu ernten, denn wenn nicht getrennt wird, muss die gesamte Ernte gekennzeichnet werden. Der Landwirt muss alle eingesetzten Maschinen „ordnungsgemäß säubern“, ohne dass näher darauf eingegangen wird, wo Schwachstellen lauern und was „ordnungsgemäß“ bedeutet. Beim Transport muss der Landwirt „transportbedingte Verluste“ verhindern und für getrennte Systeme sorgen. Zudem „muss ordnungsgemäß gekennzeichnet werden“. Mit der Unterschrift des Vertrags verpflichtet sich der Landwirt, alle bei der Aussaat, Pflege und Ernte beteiligten Personen auf die besonderen Anbauregeln hinzuweisen und deren Einhaltung zu gewährleisten. Alle Verantwortung wird dem Landwirt übergeben. Unklar bleibt auch, wie weit diese Vereinbarung reicht. Denn was ist mit dem Lohnunternehmer, der im Stress der Ernte den Mähdescher unsauber reinigt? Oder das Transportunternehmen, dem ein Reifen platzt, woraufhin sich Monsanto-Ernte auf der Straße verteilt? Wie weitreichend muss der Landwirt hier Sorge tragen – bzw. die Haftung für Fehler anderer übernehmen?

### Auf einmal 300 m

Bei den Abstandsangaben sind gleich mehrere Entfernungen zu beachten. Reichen zu konventionellen Feldern nach Monsanto Angabe 20 m – so sind zu ökologisch bewirtschafteten Flächen mindestens 300 m Abstand einzuhalten.

Auch wenn man als Praktiker nicht jede Vorschrift verstehen muss, fragt man sich doch, wie es zu diesen Unterschieden kommt. Ist der ökologische Mais empfänglicher für Auskreuzung? Meint Monsanto, die Bios kontrollieren genauer? Entscheidend ist, dass selbst Monsanto bis zu einer Entfernung von 300 m mit Auskreuzung und Kontamination anderer Bestände rechnet. Auf Veranstaltungen spricht Monsanto anders – bisher jedenfalls.

Annemarie Volling/mn

### Mit Mais gegen Agrarkonzern

Auf ganz eigene Weise protestiert ein Bauer aus Leingarten bei Heilbronn gegen die Freisetzung von Genmais durch das Unternehmen Monsanto. Auf seinem Feld, welches nur durch einen Feldweg vom Versuchsfeld getrennt ist, hat er auf einer Fläche von 50 Ar ebenfalls Mais angebaut. Seit 30 Jahren zum ersten Mal. Für Monsanto kann dies nun bedeuten, dass sie auf die Freisetzung verzichten müssen. Abhängig ist dies von den Abstandsauflagen des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Wenn der Abstand 200 Meter betragen sollte, muss Monsanto sein Versuchsfeld vernichten, bei 50 Meter bleibt dem Unternehmen zumindest noch ein Teil der Fläche. Bauer und Bevölkerung hoffen nun wenigstens auf eine 200-Meter-Regelung. mn

# Hungern für Wasser

In Brasilien ist der Bischof Dom Cappio in den Hungerstreik getreten, um gegen ein gewaltiges Staudammprojekt zu protestieren.

Ein Leben für das Leben“ – mit diesen Worten trat am 26. September 2005 der brasilianische Bischof Dom Luiz Flávio Cappio aus dem Orden der Franziskaner in einen unbefristeten Hungerstreik. Der 50-Jährige ist Bischof der Diözese Barra im armen Nordosten Brasiliens. Er protestiert gegen ein sehr umstrittenes Großprojekt, das der brasilianische Präsident Lula gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort wieder aus der Schublade geholt hat.

kraftwerke und Bewässerungsanlagen. Produziert wird überwiegend für den Export: Melonen, Weintrauben, Papayas, Ananas, Apfelsinen, Mangos, Tomaten, Spargel und Soja. Nach dem Willen nationaler und internationaler Agrotechniker soll hier ein neues Kalifornien entstehen – „Nova California“. Von 100 Apfelsinen, die hier produziert werden, bleiben drei im Land. Neben den ökologischen Schäden durch die Staudämme wie Austrocknen der Quellflüsse durch Abholzen der Ufervegetation,

Projektes ab mit der Begründung, dass es sich ökonomisch nicht rechnet.

Dem Präsidenten Lula wird vorgeworfen, dass der Planungsprozess entgegen allen Versprechen alles andere als demokratisch und unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung verlaufe. Doch der Hungerstreik des aufmüpfigen Bischofs zeigt bereits Wirkung. Die brasilianische Regierung erklärte sich zu Gesprächen im Jahr 2006 bereit.

## Streitbare Bischöfe

Neben Dom Cappio gibt es weitere streitbare Bischöfe: Dom José Rodrigues ist Bischof der Diözese Juazeiro im Nordosten Brasiliens. Dort soll eine Kette gigantischer Stauseen bis zum Jahr 2010 die Heimat von Fischern und Kleinbauern überschwemmen. Auf einer Fläche, so groß wie Frankreich und Portugal zusammen, sollen dann Spargel, Tomaten usw. für den europäischen Markt angebaut werden. Über den Widerstand der Einheimischen und deren Sprecher, Bischof José Rodrigues, berichtet der deutsche Journalist Siegfried Pater in einem spannenden Buch.

Siegfried Pater: *DER BISCHOF DER GEKNECHTETEN – DOM JOSÉ RODRIGUES, LAMUV, Göttingen 1992, 192 S., 9,90, ISBN: 3-88977-277-3. Mehr von dem entwicklungspolitischen Journalist, Buchautor und Filmemacher unter [www.siegfried-pater.de](http://www.siegfried-pater.de)*



Spargelernte in „Nova California“ – Obst und Gemüse aus Brasiliens Trockenzone für den europäischen Markt. Foto: Siegfried Pater

## Staudämme im Nordosten

„Wenn von Brasilien die Rede ist, denken viele Menschen sofort an die tropischen Regenwälder des feuchten Amazonasgebiets“, erklärt Marcos Antonio da Costa Melo, Koordinator für entwicklungspolitische Bildungsarbeit beim Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung in Hamm, kurz FUGe, „doch es gibt im Nordosten des Landes ausgedehnte Flächen, wo Wasser Mangelware ist.“ Während Brasilien zu den zehn größten Wirtschaftsmächten der Welt gehört – das südlichste Bundesland Rio Grande do Sul hat ein Lebensniveau vergleichbar mit Hongkong – ist der Nordosten Brasiliens zu vergleichen mit Ländern wie Uganda oder Äthiopien. In diesem Trockengebiet, das sich auf rund 900.000 km<sup>2</sup> erstreckt, der Fläche von Deutschland und Frankreich zusammen, leben über 18 Mio. Menschen in großer Armut. Lebensader ist der 2.700 km lange Fluss São Francisco, der ganzjährig Wasser führt. Schon die portugiesischen Eroberer ließen um 1800 an seinen Ufern Baumwolle anbauen.

## Plan für „Neu-Kalifornien“

Inzwischen verändern drei große Staudämme den Wasserlauf, betreiben Wasser-

Verhinderung des Fischzugs zu Laichplätzen, Verschmutzung des Wassers durch Schädlingsbekämpfungsmittel aus der Intensivlandwirtschaft haben die Großprojekte Land und Wasser in den Händen weniger Unternehmer konzentriert, die für den Export produzieren.

Man schätzt, dass zwischen 60.000 bis 100.000 Kleinbauern und Fischer nach Fertigstellung des gigantischen Sobradinho-Stausees 1983 ihre Lebensgrundlage verloren haben. Der Stausee überflutet ein Gebiet von ca. 4.200 km<sup>2</sup> auf einer Länge, die dem Rheinverlauf zwischen Freiburg und Düsseldorf entspricht. Die ökologischen Folgen waren schon in den 90er Jahren spürbar: Die Böden laugten aus und der Grundwasserspiegel sank.

## Nutznieser Agrarindustrie

Das aktuelle Staudammprojekt, das den Bischof Dom Cappio in den Hungerstreik trieb, sieht nun vor, pro Sekunde 127 Kubikmeter Wasser aus dem São Francisco in ein Gebiet 600 km mündungsaufwärts zu leiten und damit 180.000 ha agroindustriell genutzte Fläche zu bewässern. Nutznießer werden die Banken, wenige Agroindustrielle und die großen Baukonzerne sein. Die Weltbank lehnte die Finanzierung des

## Teil einer globalen Krise

Für Bischof Dom Cappio jedoch ist die Auseinandersetzung um den Staudamm nur Teil einer globalen Krise. Schon 1992 unternahm er eine Wallfahrt von der Quelle bis zur Mündung des Flusses, um auf die Schäden an Menschen und Natur aufmerksam zu machen. In dem Gottesdienst zum Auftakt der Reise verkündete Dom Cappio: „Die verzweifelte Lage im São-Francisco-Tal ist Teil einer globalen Krise. Sie macht uns bewusst, dass der Traum einer hemmungslosen Entwicklung zur Unterentwicklung vieler Völker geführt hat und das Leben der ganzen Erde bedroht. Es liegt an uns, weiter dem Weg des Todes zu folgen oder uns für das Leben einzusetzen.“

## Kampf ums blaue Gold

Weltweit ist die Landwirtschaft der größte Wasserverbraucher. Mehr als zwei Drittel des gesamten Bedarfs versickert auf den Feldern. Den Rest verbraucht die Industrie mit 20 Prozent und die privaten Haushalte mit 10 Prozent. Nach Angaben der UNESCO werden für die Produktion eines Kilos Weizen 1.100 l Wasser benötigt, für ein Kilo Rindfleisch sogar 22.000 Liter.

Von Wasserknappheit betroffen ist vor allem Asien. Wenn der rasant zunehmende Verbrauch nicht gestoppt wird, könnten die erreichbaren Grundwasserspeicher in vielen Teilen Asiens in zehn Jahren versiegt sein. Im Zuge der „grünen Revolution“ wachsen heute Reis, Mais oder Weizen, wo der Boden früher nichts hergab. In Indien berieseln über 21 Mio. Landwirte ihre Felder mit Grundwasser aus eigenen Brunnen. Niemand kann diese Wasserentnahme regulieren, und wenn das Wasser versiegt, wird eben tiefer gebohrt. Im südlichen Indien hat bereits eine Landflucht eingesetzt, weil die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr bewässert werden kann.

we

Mehr zu FUGe unter [www.fuge-hamm.de](http://www.fuge-hamm.de) und zum Koordinatorenprogramm unter [www.eine-welt-netz-nrw.de/html/promolleit/index.php](http://www.eine-welt-netz-nrw.de/html/promolleit/index.php)

## Leserbrief

## Sympathie für andere Themen

Leserbrief zur letzten Seite der Bauernstimme April 2006:  
„Mann, bin ich blau“

Liebe Frau Dagenbach, aus Westfalen-Lippe kommend, bin ich natürlich auf der letzten Seite der Bauernstimme beim Artikel „Mann, bin ich blau“ hängen geblieben. Das unterlegte Bild war mir gleich bekannt (aus dem Titelbild des Wochenblatts, d. Red.), und ich verband damit nur angenehme Erinnerungen. Nicht, dass Sie meinen, ich wäre in dem angesprochenen Wochenblattartikel zum ersten Mal auf die Farb- und Typberatung aufmerksam geworden, die – wie bei so vielem – dem einen wirklich nützt, dem anderen aber wirklich sinnlos erscheint.

Was damals meine Aufmerksamkeit erregte war zum einen der Mut, den mal wieder die Redakteure des Familienteils offen zeigten. Es ist, wie Sie selbst andeuteten, sicherlich nicht leicht, bei einer so wertkon-

servativen Klientel vielerorts tabuisierte Themen wie Homosexualität auf dem Lande, Leben mit Brustkrebs oder Scheidung im landwirtschaftlichen Betrieb anzusprechen.

Die Offenheit, Klarheit und Leichtigkeit dieser Artikel hat sicherlich schon vielen Menschen auf dem Lande geholfen, sicherlich mehr geholfen als verstört. So schätze ich auch diesen Wochenblattartikel ein. Zum anderen habe ich Bewunderung für die drei Herren, die sich für dieses Zur-Schau-Stellen hergaben. Wer Rhetorikkurse an der Andreas Hermes Akademie besucht, seine Persönlichkeit in mehrwöchigen Kursen an Landvolkshochschulen entwickelt und in der betrieblichen Entwicklung Eigenständigkeit demonstriert darf doch auch an seiner optischen Ausstrahlung feilen. Warum sollte Mann/Frau über dieses Thema nicht genauso herzlich und leidenschaftlich debattieren wie über Agrarpolitik?

Ich habe wirklich nicht verstanden, warum dieser Wochenblattartikel bei Frau Dagenbach so wenig Sympathie erregt hat. Das Amüsement, das Sie beim Lesen angeblich erlebte, nehme ich ihr nur mit Zweifeln ab. Amüsement und Sympathie waren jedenfalls bei mir beim Lesen dieses Bauernstimme-Artikels abwesend, Mut konnte ich nicht finden.

*Christoph Drerup, 59494 Soest*

Wochenblatt  
Westfalen-Lippe



Farbberatung im Wochenblatt Westfalen-Lippe

## Leserbrief

## Meinungswechsel

Leserbrief zu „Gespräche bei Seehofer“, Bauernstimme Mai 2006

Das Wechseln der Meinung von Herrn Seehofer bei der „grünen Gentechnik“ ist bemerkenswert. Er sagte noch in diesem Jahr auf der Grünen Woche, er setze sich für die Gentechnik in der Landwirtschaft ein und wolle diese auch fördern. Nun les' ich im Artikel: Herr Seehofer sieht in der „grünen Gentechnik“ keinen Nutzen. Da frag' ich mich als Verbraucher, wie kam es zum Meinungswechsel.

Das lässt sich eigentlich ganz leicht erklären. Massive Arbeit von der bäuerlichen Basis bis hin zum Verbraucher. Danke erstmals für dieses Bündnis. Eindeutig haben die wirtschaftlichen Argumente den Ausschlag gegeben. Leider muss man sagen: Mit ökologischen Argumenten kann nicht so stark überzeugt werden. Mich wundert sogar, dass Herr Sonnleitner vom Deutschen Bauernverband, Sprachrohr der

Agrochemie, seinen Bauern abriet, genveränderte Pflanzen auf ihren Äckern anzubauen. Er kam zu dieser Einsicht, weil es derzeit keine Haftung für deren Risiken gibt. Das sind letztendlich die entscheidenden Fakten. Die Gegenseite lässt mit Sicherheit aber nicht locker.

Man muss also weiter werben für den ökologischen Landbau, für deren Produkte und dessen Standards. Der Trend, das Verbraucherverhalten kommt diesem entgegen.

*Jens Schmitker, 28217 Bremen*

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

## Haste mal 'n Pflaster?

Mein Heinrich neigt zur Selbstverstümmelung. Springt mit Schwung vom Trecker, fuchtelt etwas wild herum, haut mit der linken Hand vor den Hinterreifen, zack, kleiner Finger gebrochen. Durchquert das Wohnzimmer auf Socken, kommt am Sessel nicht vorbei, zack, kleiner Zeh gebrochen. Die Beulen und Schrammen am Kopf zählen wir erst gar nicht.

Nun hat er es aber doch etwas übertrieben. In einer typisch bäuerlichen Aktion sollte mal eben am Samstag Nachmittag eine Pappel gerodet werden. Irgendwie muss man sich ja beschäftigen, wenn es nun gar nicht Frühling werden will. Wenn ein Trecker nicht reicht, spannen wir eben noch den zweiten vor. Die dicke Bandkette vom Bergbau wird das schon aushalten. Das tut sie auch, aber leider die Frontgewichte des hinteren Schleppers nicht, an denen er die Kette eingehängt hatte. Die Aufhängung reißt, die Kette schleudert den Anhängelbolzen mit, direkt ins Gesicht des Bauern.

Ich bin im Büro und habe von dem Unfall nichts mitbekommen. Irgendwann höre ich meinen Heinrich unten im Haus rumoren und fluchen. Ich ahne nichts Böses, tippe auf die partielle Blindheit, unter der er immer dann leidet, wenn er etwas sucht. „Mama komm mal, Papa ist voll am Bluten!“ Na, ist wohl doch was Schlimmeres.

Inzwischen steht er am Waschbecken und versucht sein blutverschmiertes Gesicht zu reinigen. Unterm rechten Auge klappt eine tiefe Fleischwunde. „Haste mal'n Pflaster für mich?“ Nur mit Mühe kann ich ihn davon überzeugen, dass wir wohl in die Ambulanz fahren sollten. Ergebnis: Jochbein zersplittert, Augenhöhle geprellt, Gehirnerschütterung. Natürlich behalten sie ihn stationär.

Am Sonntag sieht er aus wie Klitschko nach k.o. Am Montag morgen, ich sitze noch beim Frühstück, ruft er schon an, dass ich ihn abholen kann. Das ging ja echt schnell. Stolz erzählt er mir von seiner Taktik, den Chefarzt schon fertig angezogen mit gepackter Tasche erwartet zu haben, so dass der ihn dann nur noch laufen lassen konnte. Warum soll der Bauer auch weiter im Krankenhaus bleiben, um sich am nächsten Tag per Krankenwagen in eine Spezialklinik für Mundchirurgie bringen zu lassen? Krankenwagen sind unpraktisch. Da nimmt man doch lieber den Lieferwagen und versorgt mal eben noch ein paar großstädtische Bioläden mit Kartoffeln. Schließlich versuchen wir ja, Wege zu optimieren, um Energie zu sparen. Dagegen ist echt nichts einzuwenden, und pünktlich in der Ambulanz war er auch noch. Nun nehmen sie ihn noch einmal stationär, um am nächsten Tag den Jochbeinbruch zu operieren. Nach dem Einchecken auf der Station meldet er sich nachmittags zum Spaziergang ab: „Bin morgen früh pünktlich um 6 Uhr zurück.“

Abends fahren wir zurück in die Stadt ins Kino. Unsere Lieblingskneipe für den Drink danach liegt sinnigerweise direkt neben der Klinik. „Was war denn bei euch los?“ fragt der Barkeeper. „Angriff der Killertomaten, oder was?“

Heinrichs Schutzengel stelle ich mir vor wie in der Versicherungsreklame, nur viel dicker und runder. Für meinen Bauern braucht er aber auch echt barocke Pustebacken.



... aus Westfalen

Eine Bäuerin (46 Jahre) erzählt...

## Der Wissenschaftliche Beirat arbeitet unseriös

Onno Poppinga wirft dem Beirat des BMELV Interessenspolitik für Großbetriebe vor. Katrin Hirte untersucht die ökonomietheoretischen Widersprüche der Agrarökonomien. Neues Heft der „arbeitsergebnisse“

Im vergangenen Winter hatte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) eine „Stellungnahme zu den aktuellen Fragen der EU-Finzen“ vorgelegt. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Folkhard Isermeyer (FAL) schlagen die Wissenschaftler u. a. vor, die Direktzahlungen der 1. Säule zu kürzen. Vor allem sprechen sie sich gegen eine gerechtere Umverteilung aus.

Ein unbestimmter Teil davon solle in die 2. Säule fließen. Allein schon diese Forderung hat bei Umweltverbänden eine zum Teil wohlwollende Prüfung der Stellungnahme eingefahren.

Prof. Dr. Onno Poppinga, Universität Kassel, hält im neuen Heft der „arbeitsergebnisse“ für naheliegend, dass der Beirat genau diese Wirkung erzielen wollte: Verbände als Bündnispartner zu locken, die in der Öffentlichkeit ein Gewicht haben, um sie dann für das eigentliche strategische Anliegen zu gewinnen: jegliche Forderung nach einer anderen Verteilung der EU-Direktzahlungen im Kern zu ersticken. Kürzen ja, aber auf keinen Fall gestaffelt, etwa nach Betriebsgröße, Arbeitskräftebesatz, Arbeitsbedarf oder sonstigen sozialen oder ökologischen Kriterien.

### Scheinheiligkeit

Dabei zitiert der Beirat sehr wohl die Kritik an der Benachteiligung von Betrieben und ganzen Regionen durch die Art, wie die Zahlungen verteilt werden. Er zweifelt auch nicht an diesen von der Öffentlichkeit als negativ empfundenen Wirkungen. Er behauptet aber, alle Versuche zu korrigieren brächten keine Vorteile. „Tut uns leid“, könnte man fast herauslesen. Onno Poppinga belegt dagegen anhand etlicher früherer Stellungnahmen des Beirats, dass der in keiner Weise berechtigt ist, sich die Kritik an der Verteilung scheinbar zu eigen zu machen. Die Belege zeigen, dass der Beirat alle bisherigen Vorschläge zur Korrektur der ungleichen Verteilung abgelehnt hat. Solche Vorschläge gab es viele. Poppinga: „Der Wissenschaftliche Beirat hat sich in allen seinen Gutachten, in denen dieser Gesichtspunkt Thema war, für die Fortsetzung der Zuschwemmung öffentlicher Mittel an landwirtschaftliche Großbetriebe ausgesprochen.“

### Der „beste Wirt“

Poppinga wirft dem Beirat vor, auf die verschiedenen Vorschläge zur sozialen Staffelung oder zur Anbindung der Zah-

lungen an den Faktor Arbeit nicht einzugehen, um sie aber sehr wohl pauschal als angeblich untauglich abzustempeln. Dabei begründet der Beirat seine Ablehnung mit Argumenten, die Poppinga auseinander nimmt.

Das Hauptargument des Beirats lautet: „Das marktwirtschaftliche Prinzip, wonach der Boden zum ‚besten Wirt‘ wandern muss, wäre durchbrochen, mit gravierenden Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Agrarsektors.“ Oder theoretischer ausgedrückt: „die Allokations- und Transfereffizienz der hier eingesetzten Steuermittel“ würde verschlechtert. Poppinga hält das Argument für unlogisch: „Der bisher beste (im Sinne von zahlungsfähigste) Wirt hat diese Position ja auch und gerade durch die sozial ungerechte Bevorzugung bei den Transferzahlungen erreicht. Eine Staffelung würde zu einer Neuverteilung der Transferzahlungen



Onno Poppinga (Bild Mitte) und Katrin Hirte (nicht im Bild) machen die Agrarökonomie endlich wieder zum Gegenstand.  
Bild: Erdmanski-Sasse

führen, und somit nur andere Betriebe als die bisher begünstigten zum ‚besten Wirt‘ machen.“

Onno Poppinga stellt verschiedene längst praktizierte Staffelungen vor, auch das Modell der Berufsgenossenschaft NRW, das für die Beitragsberechnung den Arbeitskräftebedarf der Betriebe anhand von Betriebsdaten ermittelt und dabei sogar Effekte der Größendegression berücksichtigt, also dass bei steigender Betriebsgröße der Arbeitsbedarf je Einheit sinkt. Sage keiner, es wäre nicht möglich. Poppinga: „Die Selbstverwaltungseinrichtungen der Berufsgenossenschaft haben der Etablierung des Systems zugestimmt, die Landwirtschaftskammer unterstützt es.“

### Bewirtschaftung „öffentlicher Güter“

Poppinga geht aber nicht nur auf konkrete Handlungsmöglichkeiten der Agrarpolitik ein, sondern ordnet ausführlich die Entwicklung der EU-Agrarpolitik der letzten anderthalb Jahrzehnte ein. Als durchgängiges Ziel macht er die Absenkung der Erzeugerpreise auf ein Niveau weit unter den Kosten der europäischen Betriebe aus. Er nennt das die „Entkopplung der Erzeugerpreise von den Kosten der Produktion“ (nicht zu verwechseln mit Entkopplung der Direktzahlungen). Auch die Direktzahlungen, die als Ausgleich für wegbrechendes Einkommen durch die Mac Sharry-Reform von 1992 eingeführt wurden, sieht er in diesem Dienst: „Hier – und nur hier – liegt die generelle Begründung für die Transferzahlungen!“ Dieser Wandel habe „de facto die Landwirtschaft gesellschaftspolitisch neu bestimmt: Sie ist von ihrer ökonomischen

vor 1992 auch auf die Bereitstellung öffentlicher Güter – vor allem (ausreichend) Nahrungsmittel – abzielte, wäre noch zu diskutieren. Auch dafür wurden staatliche Gelder eingesetzt. Und es ist zu klären, ob die Bauern mit der Entkopplung der Direktzahlungen nicht der Entkopplung der Erzeugerpreise von den Kosten ein Bein stellen könnten – siehe Rinderpreise.

### Kritik der Agrarökonomie

In dem zweiten Beitrag stellt Dr. Katrin Hirte (ehemals Katrin Küster), die an der Uni Kassel habilitiert, die Aussagen des Beirats in einen ökonomietheoretischen Zusammenhang. Sie rechnet die deutschen Agrarökonomien dem „neoklassischen Paradigma“ sich selbst regulierender Märkte zu. Doch was für die Wirtschaft insgesamt gelte, treffe besonders für die Landwirtschaft zu: Die Neoklassik gehe von Voraussetzungen aus, die mit der Realität in wichtigen Punkten nicht übereinstimmen. Vor allem aber verstricke sich die Agrarökonomie in einen inneren Widerspruch, wenn sie einerseits „die Vorstellung von der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft“ vertrete, aber gleichzeitig Agrarpolitik als angewandte Agrarökonomie verstanden wissen will. Und umgekehrt sei die Agrarökonomie seit Jahrzehnten an den staatlichen Regulierungen aktiv beteiligt. Sich diese Rolle der Agrarökonomien bewusst zu machen, ist eines von Hirtens Anliegen. Etwas sind die ägerlich inhaltlichen Flüchtigkeitsfehler zur Ausgestaltung der Direktzahlungen. Der Beitrag ist wichtig, weil es an einer ausführlichen Kritik der Agrarökonomie seit vielen Jahren fehlt.

uj

Onno Poppinga, Katrin Hirte: *Der Wissenschaftliche Beirat und die agrarischen Subventionen an die Landwirtschaft. arbeitsergebnisse Heft 61, 102 S., geplant für Mai 2006. ca. 6,00 Euro. Zu bestellen beim ABL-Verlag.*

Die Stellungnahme des Beirats: [http://www.bmelv.de/cn\\_045/nm\\_751706/DE/14-WirUeberUns/Beiraete/AgrVeroeffentlichungen.html\\_\\_nmn=true](http://www.bmelv.de/cn_045/nm_751706/DE/14-WirUeberUns/Beiraete/AgrVeroeffentlichungen.html__nmn=true)

Formbestimmung her nicht länger ein Gewerbe, sondern wurde transformiert in die Ökonomie öffentlicher Güter“, formuliert Poppinga und zieht Parallelen zu anderen öffentlichen Aufgaben wie Wasserversorgung, Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen. Für all diese Bereiche sei eine Mischfinanzierung aus Markteinnahmen und Transfereinkommen charakteristisch. Die Landwirtschaft sei damit „Teil der Bewirtschaftung ‚öffentlicher Güter‘ geworden“. Einen Begriff für diese neue Landwirtschaft gebe es aber noch immer nicht. Diese Charakterisierung der EU-Agrarpolitik erfolgt aus bäuerlicher Sicht. So zugespitzt hat sie bisher gefehlt. Inwiefern aber auch die Preispolitik der EU

# SPIRIT PARKS Vision und Wirklichkeit

Der NaturLesePark

1994 entstand bei den beiden Autoren Günther Karner und Johannes Matthiessen die Idee, in Österreich einen spirituellen Park entstehen zu lassen, der es den Besuchern ermöglicht, in die Verbundenheit des Menschen mit der Natur und dem Kosmos einzutauchen. Seine Vorstellungen beschreibt einer der Autoren folgendermaßen: Ich „sah“ BesucherInnen die sich von diesem neuen „Natur-Denk-Mal!“ inspirieren ließen und ihr Naturverständnis vertieften. Ich „sah“ inmitten des Parks überdimen-

sionale, meterhohe, hölzerne Buchskulpturen. ... Irgendwie glich das gesamte Areal einer riesigen Freiluftbibliothek. An unzähligen Stationen konnten die Besucher Texte zum Thema Mensch und Natur lesen, verfasst von Philosophen, Dichtern, Forschern, Mystikern und Künstlern aus aller Welt. Der Park zeigt auch, wie notwendig ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur ist und wie wichtig wir Menschen für die Natur sind. Nach 10 Jahren konnte der Park auf einer ein Hektar großen Fläche in der Steiermark eröffnet werden. Angelegt in der Form eines Blattes besichtigt der Besucher entlang der „Blattadern“ die einzelnen Kunstwerke. Das Buch schildert die Entstehung des Parks und führt den Leser auf seinem farbig bebilderten Rundgang angereichert mit Zitaten und Gedichten, zu den einzelnen Stationen. Wer sich einlassen möchte auf indianisches Gedankengut, Ideen von heiligen Orten, Elementarwesen und Goethes Blick auf die Natur wird an diesem Buch Gefallen finden.

Der Naturlesepark im Internet:  
[www.naturlesepark.at](http://www.naturlesepark.at)  
Spirit Parks, Stocker Verlag,  
ISBN: 3-85365-218-2 19,90 €

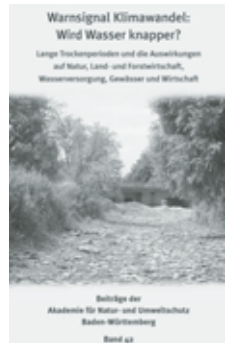


Kurzes am Rande

## Wird Wasser knapper?

Klimatische Extremereignisse häufen sich seit 1995. Auf der einen Seite bedeutet dies Starkniederschläge, die zu einem Großteil oberflächlich abfließen, und andererseits dann wochenlange Trockenheit im Frühjahr und Sommer. Die Publikation der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg dokumentiert eine Fachtagung, am 8. März 2005 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wasser und Gewässerentwicklung der Universität Karlsruhe. In einzelnen Beiträgen thematisiert werden Gletscherschwund, die vergangenen Trockenjahre sowie konkrete Auswirkungen auf die Landwirtschaft, den Wald, die biologische Vielfalt, die Fließgewässer und letztlich auch unserer Nahrungsvorsorgung. Handlungsansätze werden vor dem Hintergrund weltweiter Wasserverknappung diskutiert. Die einzelnen Beiträge sind wissenschaftlich knapp gehalten. Mit zahlreichen Tabellen, Grafiken und Abbildungen. *we*

Claus-Peter Hutter, Fritz-Gerhard Link: Warnsignal Klimawandel: Wird Wasser knapper? Beiträge der Akademie, Bd. 42, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart, 2006, 158 S., 25,00 Euro, ISBN-10: 3-8047-2276-8.



## Ökologische Schweinehaltung

Die Produktion von Bio-Schweinefleisch ist mit ca. 0,5 Prozent der deutschen Schweinefleischproduktion von außen betrachtet eine Nische. Aber Bio-Schweinefleisch ist gefragt. Wie überall ist der Preis eine entscheidende Größe. „Keine Angst vor der Spezialisierung“ ist denn auch eine Aussage der neu erschienenen Broschüre zur ökologischen Schweinehaltung. Zwölf verschiedene Autoren beleuchten die einzelnen Produktionsschritte. Der Schwerpunkt liegt auf der Sauenhaltung und Ferkelproduktion. Von der Trächtigkeit, dem Wurf bis zum Absetzen der Ferkel werden die Anforderungen an den Stall, die Fütterung und mögliche Krankheiten sowie deren Behandlung aufgezeigt. Das Werk hat den Anspruch, dem Leser einen Überblick über denkbare Haltungs- und Managementsysteme zu vermitteln. Auch im Kapitel „Mast“ werden unterschiedliche Strategien vorgestellt, je nachdem, ob man vorrangig an Zunahme, Qualität, Verarbeitung oder eine Abstimmung auf den eigenen Betrieb orientiert ist. Abgerundet wird das Ganze mit Beiträgen zum Hygiene-, Gesundheits- und Qualitätsmanagement. Das Buch liefert vor allem Neueinsteigern einen guten Überblick und kann Hilfestellung bei der Ausrichtung und Planung geben. *mn*

„Ökologische Schweinehaltung“ Hg. Ralf Bussemas, Bioland-Verlag 2006, 88 S. DIN A4, 18,50 Euro, zu beziehen beim ABL-Verlag.

## GrünKultur\_Nachhaltigkeit in Farbe

„Es ist an der Zeit zu sagen: ‚Lasst uns auf unsere Felder zurückgehen! ... Die Welt heutzutage ist in Stücke zerbrochen. Wir müssen Schritt für Schritt zu unseren Wurzeln zurück!“, so Mmakgabo Mmapula Helen Sebidi, südafrikanische Künstlerin, in einem Interview, das in dem Lesebuch zum Projekt GrünKultur abgedruckt ist. GrünKultur ist ein interkulturelles Umweltbildungsprojekt der Arbeitsstelle Weltbilder zwischen dem Land NRW und der Provinz Mpumalanga in Südafrika. Es geht um die Vielfarbigkeit der Völker, unterschiedliche Lebens- und Produktionsweisen, Natur und Kultur. Projektschulen in Mpumalanga und NRW haben Färbegärten angelegt. Das Lesebuch zum Projekt erzählt die grüne Sprache der Völker über Märchen, Pflanzen- und Menschenportraits und bietet Sachbeiträge zur Herstellung von Pflanzenfarben. Es vertritt die Botschaft, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung zu allererst eine Herausforderung an unsere Art, die Dinge zu sehen und zu denken, ist. *we*

Elisabeth Marie Mars: Grünkultur\_Nachhaltigkeit in Farbe. oekom verlag München, 2005, 127 Seiten, zweisprachig dt/engl., 20,50 Euro, ISBN: 3-936581-78-9. Infos zum Projekt: [www.gruenkultur.com](http://www.gruenkultur.com)



## Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe  2006  2005  2004  2003  2002  2001  2000  
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € NEU!!! \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € NEU!!! \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € \_\_\_\_\_ €

weitere Bücherwünsche:

\_\_\_\_\_

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

**(Klein) Anzeigen****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Juli 2006 ist am 21. Juni.

**Hof und Arbeit**

● Flächenprämie abzugeben: 12,14 ha Ackerprämie à 478 €/ha und 2,27 ha Grünlandprämie à 315 €/ha gegen Gebot zu verkaufen.  
☎ 0176-26103673

**Tiermarkt**

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.  
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,  
☎ 07551-63609

**Ausstellung zu Gentechnik-Widerstand**

Selbst in abgelegenen Regionen Mexikos sind traditionelle Maissorten bereits bis zu einem Drittel gentechnisch kontaminiert. Die Diskussion um die mexikanische Gentechnik-Gesetzgebung zeigt, dass die Regierung nicht gewillt ist, das Problem im Sinne der Kleinbauern und der Biodiversität zu lösen. Hilfe zur Selbsthilfe ist gefragt und wird in mannigfaltiger Form "vor Ort" praktiziert.

**„Bedrohte Vielfalt“**

Unter dem Titel "Bedrohte Vielfalt" kann nun eine Ausstellung zum Gentechnikwiderstand in Mexiko ausgeliehen werden. Auf zehn Stellwänden gibt es neben Informationen zur Situation in Mexiko auch solche zur aktuellen Gentechnik-Debatte im Allgemeinen. Die Präsentation eignet sich als Ergänzung zu Gentechnik-Veranstaltungen, aber auch als Grundlage für Projekte. Sie hat sich bereits als bevorzugtes Foto- und Filmobjekt für die Medien bewährt.

**Kampf der mexikanischen Kleinbauern**

Mehr Infos und eine Liste mit geplanten Terminen im Internet unter [www.oekoherz.de](http://www.oekoherz.de) > Öffentlichkeitsarbeit > Mexiko-Ausstellung. Kontakt: Thüringer Ökoherz e.V., Wohlsborner Straße 2, 99423 Weimar/Schöndorf, Tel. 03643-437128, Fax: -437102



**Bioland**  
ÖKOLOGISCHER LANDBAU

**Perspektive Biomilch****Upländer Bauernmolke sucht Lieferanten!**

Montag, 12. Juni 2006 Informationsveranstaltung im UpländerMilchmuhseum, Korbacherstr. 6, 34508 Willingen Usseln

**10:30 Uhr** Begrüßung durch die Geschäftsführerin der Upländer Bauernmolke Karin Artzt Steinbrink

**10:45 Uhr** Aktuelle Entwicklungen auf dem Bio-Milchmarkt, Thomas Ingensand Bioland Landesverband NRW

**11:15 Uhr** Vorstellung der Upländer Bauernmolke durch Josef Jacobi, Aufsichtsratsvorsitzender der Upländer Bauernmolke, anschließend Mittagsimbiss

**12:45 Uhr** Führung durch das Milchmuhseum

**13:15 Uhr** Bioland-Richtlinien, Haltung und Fütterung in der Bio-Milcherzeugung, Thomas Ingensand Bioland NRW

**14:30 Uhr** Bioland Verband: Leistungen, Beratung und Service, Jan Gröner vom Bioland Landesverband Mitte

**15:00 Uhr** Ende der Veranstaltung

Um Anmeldung wird gebeten Tel 05632-9486-0, Fax:-30  
Kostenbeitrag Mittagsimbiss 5 Euro

**AbL Chiemgau-Inn-Salzach Bio-Ethanol statt Benzin**

20. Juni 2006, Halsbach  
Ethanol wird durch Vergärung zucker-, stärke- und cellulosehaltiger Pflanzen wie Weizen, Roggen, Kartoffeln, Mais oder Zuckerrüben gewonnen und zeichnet sich durch weniger Treibhausgas und Schadstoffe aus. Vorreiter bei Ethanolkraftstoff ist Schweden mit bisher 300 Tankstellen. Dazu bietet Ford ein Flexi-Fuel-Vehikel an, das sowohl Ethanol wie auch Benzin tanken kann. Über Ethanol als Kraftstoff der Zukunft informieren Hubert Maierhofer von C.A.R.M.E.N., Florian Siemer von Neue Vermögen AG im Bioenergiepark Schalchen und Stefan Welter von Ford Werke GmbH. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

um 20 Uhr im Energieturm bei der Waldbühne in Halsbach – zwischen Trostberg und Burghausen, Kontakt: Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach, Maria Walch, ☎ 08679-1300, AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach, Andreas Remmelberger, ☎ 08679-6474

**Eröffnung BioGas Tankstelle**

22. Juni 2006, Jameln  
Deutschlands erste Biogastankstelle steht im Wendland (siehe auch Artikel S. 10). Zur Eröffnung gibt es Kurzvorträge zu BioGas im Biotreibstoffmix und als Hoffnungsträger zukünftiger Energieversorgung. Dazu Tag der offenen Tür mit umfangreicher Gasfahrzeug-Ausstellung sowie Demonstration eines Beregnungsaggregats mit BioGasbetrieb. Als Gäste werden erwartet: Staatssekretär Gert Lindemann (BMELV); Hans-Volker Marklewitz, Geschäftsführer der RWG Jameln und Betreiber der Anlage; Horst Seide, Vorsitzender Region Aktiv Wendland-Elbetal; Owe Jönsson vom Svenskt Gasteknik Center/eon Schweden; Thomas Wöber, Geschäftsführer von Gibgas.de; Henning Harms, Kreislandwirt Lüchow-Dannenberg, und ein Vertreter des Nieders. Landwirtschaftsministeriums.

Tankstelle der Raiffeisen Warengenossenschaft Jameln an der B 248 zwischen Lüchow und Dannenberg. Info und Anmeldung: Regionalbüro Region Aktiv Wendland/Elbetal, Angelika Straub, ☎ 05864-9889-67, Fax: -69, [www.wendland-elbetal.de](http://www.wendland-elbetal.de)

**Studienfahrt nach Polen**

26. Juni bis 2. Juli 2006  
Die landwirtschaftliche Studienfahrt führt nach Niederschlesien und Kleinpolen. Geplant sind das Kennenlernen verschiedener Höfe und innovativer Betriebe im Umland von Morawa und südlich von Krakau sowie die Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Auch die Begegnung mit einer Kirchengemeinde wird stattfinden sowie ein Besuch der Städte Breslau und Krakau. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau steht auf dem Programm und natürlich soll auch das kulturelle Leben nicht zu kurz kommen. So werden auch die Landschaft Südpolens, Kirchen und Musik zu erfahren sein.

**Veranstaltungen**

Kosten für die gesamte Woche: 590,- € Vollpension im Doppelzimmer

Info und Anmeldung: Evangelisches Bauernwerk in Württemberg, Veronika Grossenbacher, ☎ 07942-107-12, V.Grossenbacher@hohebuch.de

**Familien/Betriebsaufstellung**

30. Juni bis 2. Juli 2006, Bielefeld  
Familienaufstellungen machen verdeckte Belastungen im „System“ Familie sichtbar. In Aufstellungen werden Lösungswege aufgezeigt und ein neues, positives Bild der Familie erarbeitet. In landwirtschaftlichen Familienbetrieben, bei denen Betrieb und Familie ineinander greifen, lassen sich durch Aufstellungen verdeckte Ursachen für Störungen klären, Lösungswege aufzeigen, neue Perspektiven vermitteln und



Veränderungen anstoßen. Vier Aufsteller haben sich zu diesem Wochenendseminar zusammengefunden: Jasmin Berger und Hans Hoffmann kommen aus der Landwirtschaft und arbeiten als Berater von Familienbetrieben. Thomas Immoor hat langjährige Erfahrung als Familienaufsteller. Angelika Schulz ist Diplom Psychologin und arbeitet als Psychotherapeutin. Jasmin Berger, Hans Hoffmann, Steinberger Hof, Schattseite 6, A-8765 St. Johann am Tauern, ☎ 0043-3575-20023 oder Thomas Immoor, Zum Neustädter Moor 32, 49419 Wagenfeld, ☎ 05444-994865

**Bio-Sonntag**

2. Juli 2006, Riepe  
Info-Tag für engagierte Landwirte und interessierte Verbraucher auf dem Bioland-Betrieb Oesenhof (Familie Meyerhoff) in Riepe. Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen, Wilfried Stegmann, ☎ 04262-959315, Fax: -959377, [w.stegmann@oeko-komp.de](mailto:w.stegmann@oeko-komp.de), [www.bio-sonntag.de](http://www.bio-sonntag.de)

**Landwirtschaft ohne Distelbekämpfung**

07. u. 08. Juli 2006, Kirchberg/Jagst  
Auf dem 7. Kirchberger Distel-Orchideen-Seminar werden unter Mitwirkung von Hansueli Diebauer vom FiBL (Schweiz) die Grundlagen für eine Landwirtschaft ohne Distelbekämpfung vorgeführt. Die Gesellschaft für Boden, Technik, Qualität (BTQ) erforscht seit Jahren die Biologie der Ackerkratzdistel und stellte

dabei fest, dass sie ähnlich wie Orchideen aus assimilatorischen Vorleistungen des Bodens lebt. Besondere Leistung des vergangenen Jahres war der Nachweis des Dormanzstadiums der Wurzelaufläufer im Boden. Grundsätzlich reicht es also aus, diese vegetativen Organe in ihrer Schlafphase zu belassen und nicht aufzuwecken. Diese Versuche werden wir besichtigen.

Anmeldung und Info: BTQ, Arbeitskreis Standortphysiologie, Hartmut Heilmann, ☎ 07954-216, Fax: -925995, [hartmut.heilmann@t-online.de](mailto:hartmut.heilmann@t-online.de)

**3. Buntes Bentheimer Schweinefest**

02. September 2006  
und zugleich Auftaktveranstaltung der Aktionstage Ökolandbau NRW. Auf dem Naturland- und Arche Hof von Maria und Martin Büning werden vom Aussterben bedrohte Haustierrassen unter dem Motto „Erhalten durch Aufessen“ in landwirtschaftlicher Nutzung gehalten. Hierzu gehören das Rote Höhenvieh, Cröllwitzer Puten, Bayrische Landgänse, Vorwerkhühner und Westfälische Totleger. Der besondere Arbeitsschwerpunkt sind jedoch die Bunten Bentheimer Schweine. Im Jahr 2005 erhielten die Bünings den Pro Tier-Förderpreis für besonders artgerechte Tierhaltung und die landwirtschaftliche Nutzung der alten Haustierrassen sowie den 1. Förderpreis für die professionelle Vermarktung alter Haustierrassen. 10.00 bis 18.00 Uhr auf dem Hof Büning, Borghorsterstr. 67, 48366 Laer im Kreis Steinfurt im Münsterland

**De ole Buur un sin Öko Deern Spielplan Sommer 2006**

Ein kritisches Theaterstück über das Elend der Preise, die Macht und Ohnmacht der Verbraucher und zugleich eine Liebeserklärung ans Land. Es geht versöhnlich mit den Bauern um, die dem Stress der industriellen Produktion unterworfen sind, und wirbt für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft (siehe auch BS 2/06, S. 19).

**03. Juni in Clenze**

um 19.30 Uhr auf der Kulturellen Landpartie Wendland, Kulturverein Corvin, Gut Corvin, 29459 Clenze, Tel. 05844-202, Fax: 05844-1813, [cmalchartzeck@t-online.de](mailto:cmalchartzeck@t-online.de), [www.gut-corvin.de](http://www.gut-corvin.de)

**25. Juni in Anklam**

um 19.00 Uhr auf dem Bioland-Hof Brummer-Bange, Loxtener Str. 5, 49577 Anklam, Tel. 05462-238, Fax: -72930, [brummer-bange@t-online.de](mailto:brummer-bange@t-online.de)

**02. September in Uelzen**

um 19.30 Uhr im Uelzener Gartentheater, An der Rosenmauer, 29525 Uelzen, Tel. 0581-77813, Fax: -76535

**06. Oktober in Heckenbeck**

um 20.00 Uhr in der Weltbühne Heckenbeck, Kreuzstr. 11, OT Heckenbeck, 37581 Bad Gandersheim, Tel. 05563 999991, [weltbuehne@freenet.de](http://weltbuehne@freenet.de)

Weitere Gastspiele auf Anfrage: Theater Henze & Co., Arbstr. 7, 27330 Asendorf, Tel: 04253-92011, Fax: -92016, [info@theater-henze.de](mailto:info@theater-henze.de), [www.theater-henze.de](http://www.theater-henze.de)



### Im WM-Fieber

Der Strom der Fans zum Ort des Geschehens reißt nicht ab, zu bestimmten Zeiten sind die Zufahrtswege kaum passierbar. Und auch am Platzrand herrscht fröhliches Getümmel. Großes hallo, schließlich trifft man immer wieder den einen oder anderen Bekannten. Wer weniger Zeit mitbringt, um sich ganz auf das Geschehen auf dem Platz zu konzentrieren, bekommt ebenfalls Großes geboten. Qualität und Vielfalt auf allen Positionen, die Spielzüge altbekannt und immer wieder neu und im Abschluss sicher. Es gibt kaum etwas, was es hier nicht gibt. Aber jeder auf dem Platz nutzt unterschiedliche Strategien, um ans Ziel zu kommen. So kurvt der erfahrene Stürmer von linksaußen nach rechtsaußen um dann zielsicher am Ende einzupacken. Der Spielmacher setzt auf Kommunikation und Eleganz, hier ein freundliches Lächeln, dort ein bisschen Handeln und das Ding ist versenkt. Neue oder Jungstars bummeln gerne mal und lassen das Spiel laufen, um am Ende auch zu überraschen. Abseits steht keiner, das gewährleistet einen guten Spielfluss. Und in der Verlängerung bietet sich unter Umständen die eine oder andere Gelegenheit zu einem wirklich günstigen Abschluss. Aber irgendwann ist auch das tollste Spiel endgültig aus, keine Mannschaft fährt gern nach Haus, einziger Trost ist ein baldiges Wiedertreffen. Zum Glück muss man darauf keine vier Jahre warten. Als Spielerstar muss man sich nicht zum Werbeträger verbiegen und mit Industriebullettenburger und Kinderdickmacherbrause posieren. Man geht einfach hin, guckt und kauft, möglichst von nebenan, erfrischend direkt: auf dem Wochenmarkt, auch etwas, für das die Abkürzung WM funktioniert. cs



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361

**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247

**Südnieders.**: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Vorpommern:** Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859

**Brandenburg:** Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

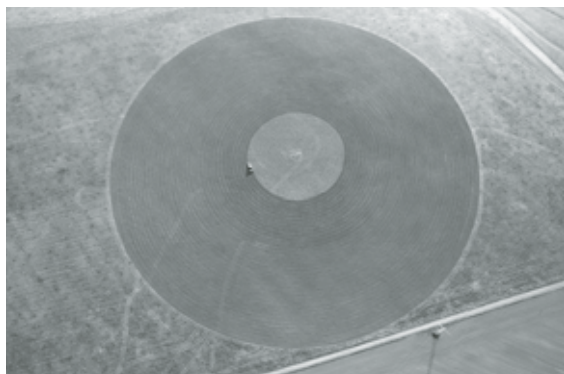
Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon/Fax \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

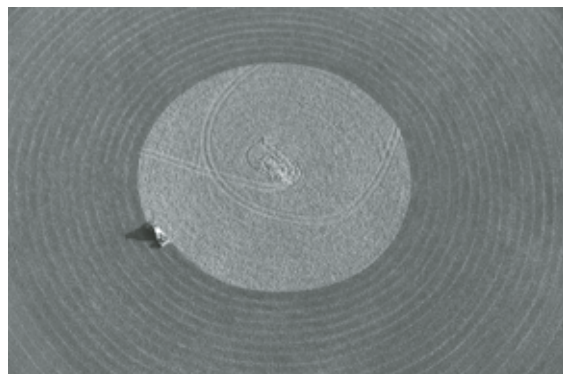
## ...Rote... Kunst in kultivierter Landschaft



Wer das Sintfeld in der Nähe von Fürstenberg kennt, der weiß auch, dass sich diese Landschaft über viele Quadratkilometer kaum verändert. Acker reiht sich an Acker, und nur selten unterbrechen kleinere Wäldchen oder Weiden diese seit Generationen kultivierte Natur. Raps, Weizen und Gerste prägen ihr Aussehen ebenso wie die agrarischen Interessen der Einheimischen. Auf den ersten Blick scheint das Sintfeld also nicht unbedingt ein Ort für künstlerische Ambitionen – es sei denn, die Landschaft wird selbst zum Raum für Kunst; zu einem erweiterten Atelier, in dem sich ästhetische Gestaltungsabsichten mit dem jahreszeitlichen Rhythmus der Natur zu einem vergänglichen, gleichzeitig aber auch anspielungsreichen Kunstwerk verbinden. Von solchen Überlegungen geleitet, hat sich der Fürstenberger Künstler und Fotograf Ulrich Mertens für sein Mohn-Projekt eine Stilllegungsfläche ausgesucht, die nicht mehr den gewohnten Nutzbarkeitserwägungen untersteht, ab Oktober 2005 jedoch für die Mohnblüte im darauf folgenden Juni wieder beackert und geometrisch gestaltet wurde. Acht Hektar umspannt die Kreisfläche, auf der Klatschmohn ausgesät und kultiviert wurde, um in diesem Jahr hellrot und weithin leuchtend zu erblühen – wie eine Markierung (in) der

Landschaft, die Kunst und Agrarkultur teils miteinander zu verbinden scheint, teils aber auch unterschiedliche Sichtweisen auf die Natur aufeinanderprallen lässt. ...

So findet der riesige rote Blumenkreis in der quadratischen Struktur der Äcker keine Entsprechung. Schon optisch markiert das Mohnfeld damit einen Widerspruch zu den rasterartig angelegten Nutzflächen. ... Anders als Landart-Künstler wie Andy Goldsworthy oder Richard Long verzichtet Mertens darauf, vorgefundene Naturmaterialien nach künstlerischen Gesichtspunkten zu arrangieren. Statt also Blätter, Steine, Holz zu sammeln, um diese Zufallsfunde gleichsam



spielerisch in die Landschaft zu integrieren, setzt er sich auf ›handgreiflichere‹ Weise mit dem traditionellen Kulturraum auseinander: Indem er mit ortsansässigen Bauern zunächst ein Feld wieder urbar macht und es anschließend mit schwerem Gerät als künstlerische Fläche anlegt, teilt sich dem Mohn-Projekt insofern etwas von seiner landwirtschaftlichen Umgebung mit. Über den dynamischen Wechsel des Keimens und (Ver-)Blühens hinaus stellt sich wie beim Anblick bewirtschafteter Felder auch hier die Erinnerung an harte Arbeit und eine enge Verbundenheit mit der Natur ein. ...

Überhaupt eignet dem roten Klatschmohn ja etwas Freches und Widerspenstiges. Als uraltes Symbol der Fruchtbarkeit zwingt ihn Mertens auf dem Sintfeld in eine räumliche und zeitliche Ordnung, die jene langjährigen Mühen zu bestätigen scheint, mit denen Landwirte ihre Feldraine und Äcker von diesem hübschen „Unkraut“ seit langem zu befreien versuchen. Doch der Klatschmohn sät sich mit zügelloser Regelmäßigkeit immer wieder selbst aus und wird daher auch im übernächsten Jahr nicht vor der Besiedlung wertvoller Getreideböden zurückschrecken. Dank dieser Widerständigkeit repräsentiert er etwas in der Natur, das wirtschaftlichem Ertragsdenken verschlossen bleibt – eben die Tatsache, dass sich Natur zwar zur Kulturlandschaft umgestalten, aber niemals dauerhaft organisieren lässt. Und das zumindest haben eine lebendige Kunst und der rote Mohn hoffentlich auch bis auf weiteres gemeinsam.

Dr. Stefan Greif

Der Autor ist Privatdozent für Neue Deutsche Literatur an der Universität Paderborn

Mehr über das Mohnprojekt gibt es im Internet auf der Seite: [www.visuelle-konzepte.de/mohnkreis](http://www.visuelle-konzepte.de/mohnkreis)



### **unabhängige Bauernstimme: Kultur rundum**

6/2006

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten  
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
oder Fax 02381 / 492221